

Brühler Zeitung

Abonnementpreis für 1 mm Höhe 10 Pf. Resten 20 Pf.
Offertagebühr und Anstufungsteilung 20 Pf. — Kellern pro
Tausend 15 Mark. — Bei zwangsweiser Verbreitung oder Konturs
ist jeder Rabatt hinfällig. — Platzanzeigen unverbindlich.
Beilagen: Der Familienfreund * Sport * Aus der Welt der Frau * Der praktische Landwirt * Der Erzähler * Der Mittelstand * Sonntagsfreude * Rundfunk

Brühler Lokalanzeiger — Brühler Stadtanzeiger — Brühler Volkszeitung

Amtsblatt der Stadt Brühl

Postfachkonto Köln 12742 — — — Fernsprecher 2108

Verkaufspreis: Durch den Boten frei ins Haus oder durch die Post
monatlich 1.50 Mk. einschl. Frachtkosten. Die Brühler Zeitung erscheint tag-
lich außer an Sonn- und Feiertagen. Störungen infolge höherer Gewalt
oder Ausstände rechtfertigen keine Ersparnisse.

Nr. 120

Freitag, 27. Mai 1932

35. Jahrgang

Saalschlacht im Landtag

Abgeordneter Kerl (NSDAP) zum Präsidenten; die Abgeordneten Wittmaack (SPD), Baumhoff (3), Dr. von Kries (Deutschn.) zu Vizepräsidenten des Landtages gewählt. Abheuerregende Zustände — Vermundete werden aus dem Sitzungssaal getragen — Ein wüster Trümmerhaufen

So rettet man das Vaterland!!!

El Berlin, 25. Mai. Der Preussische Landtag wählte am Mittwoch den nationalsozialistischen Abgeordneten Kerl mit 262 Stimmen zu seinem Präsidenten. Der Abgeordnete Wittmaack (S) hatte 92 Stimmen, der Abgeordnete Kasper 55 Stimmen erhalten.

Zum ersten Vizepräsident wurde der Sozialdemokrat und Präsident der letzten Wahlperiode Wittmaack mit 167 Stimmen gewählt. Der kommunistische Abgeordnete Kasper erhielt 54 Stimmen. 31 Stimmzettel waren unbeschrieben, einer ungültig.

Zweiter Vizepräsident wurde der Zentrum Abgeordnete Baumhoff mit 354 Stimmen. Der Abgeordnete Kasper (A) erhielt 53 Stimmen. Drei Stimmzettel waren unbeschrieben.

Dr. von Kries (D) wurde mit 254 Stimmen dritter Vizepräsident. Kasper (A) erhielt 50, Kied (A) 1 Stimme. Eine Stimme war ungültig.

Die Schlacht

El Berlin, 25. Mai. Im Preussischen Landtag entstand am Mittwoch während einer scharfen Rede des kommunistischen Fraktionsführers Kied eine heftige Auseinandersetzung. In ihren Reihen saßen, eine ungeheure Schlägerei. Die Nationalsozialisten stürmten gegen die Kommunisten und prügelten sie buchstäblich aus dem Saale, wobei es ansehnlich mehrere Verletzte gab. Die Nationalsozialisten stimmten dann das Lied „Es marschieren“ an, das von den Tribünen herab mitgesungen wurde. Vizepräsident Baumhoff und die Abgeordneten der übrigen Parteien hatten inzwischen den Saal verlassen.

Die Saalschlacht im Preussischen Landtag spielte sich folgendermaßen ab. Während einer scharfen Rede des kommunistischen Fraktionsführers Kied hatte dieser den Nationalsozialisten zugerufen: „In Ihren Reihen sitzt eine ungeheure Zahl von Mördern“. Darauf drängten die Nationalsozialisten nach vorn. Die Kommunisten stürmten auf die Rednertribüne zu, umgeben schützend ihren Redner und stießen wilde Drohungen gegen die Nationalsozialisten aus. Die Nationalsozialisten drängten jetzt auf die Treppe zur Rednertribüne. Als der Abgeordnete Kied (NS) die oberste Stufe erreicht hatte, erhielt er von einem kommunistischen Abgeordneten einen Schlag ins Gesicht. Im selben Augenblick flog das Tintenfaß vom Platz des Präsidenten in die Nationalsozialisten. Es entstand eine wilde Schlägerei. Sessel flogen durch die Luft und die Lampen am Stenographentisch wurden zertrümmert. Die Abgeordneten hieben wütend aufeinander ein. Präsident Baumhoff hatte inzwischen den Saal verlassen. Die Kommunisten wurden von den Nationalsozialisten buchstäblich aus dem Saale getrieben. Es gab ansehnlich mehrere Verletzte. Man sah u. a. einen Abgeordneten, der von fünf anderen Abgeordneten aus dem Saale hinausgetragen wurde.

Nach der Schlacht

El Berlin, 25. Mai. Der Sitzungssaal des Preussischen Landtages bot nach der Schlägerei einen wüsten Anblick. Leere Lederessel, Tischlästen, zerbrochene Lampen und ein Lohndobu von Papier, Abstimmungskarten und was sonst in den herausgerissenen Kästen der Arbeitsplätze der Abgeordneten vorgefunden hatte, lag besonders um den kommunistischen Sektor herum auf dem Boden. Man konnte von dem Eingang der Kommunisten auf der linken Seite des Hauses her kaum den Sitzungssaal betreten und mußte erst mühsam über die Reste des Mobiliars hinwegklettern.

In den Wandelgängen herrschte eine außerordentlich starke Erregung, die auch das Publikum ergriff, das sich auf den Wandelgängen des Tribünengebäudes versammelte, wo es beinahe zu einer Fortsetzung der Schlägerei gekommen wäre, wenn die Beamten des Hauses nicht eingegriffen hätten. Unten im Saalgebäude, wo die Abgeordneten beieinander standen und aufgeregte Debatten führten, bemühten sich die Fraktionsführer, ihre Fraktionsgenossen zu Fraktionsitzungen zusammenzurufen. Es

wurde inzwischen bekannt, daß bei der Schlacht vor allem einige kommunistische und sozialdemokratische Abgeordnete nicht unerheblich verletzt worden sind. Der Geschäftsführer der sozialdemokratischen Fraktion, Abg. Jürgensen, mußte bewußtlos aus dem Sitzungssaal getragen werden. Die kommunistischen Abgeordneten Krämer-Oberschneeweide, Kunz und Golte sind gleichfalls verletzt. Hauptsächlich gab es Kopfverletzungen. Eine leichtere Verletzung erlitt der nationalsozialistische Abgeordnete Wehner-Ostpreußen.

Einige Minuten nach dem Zusammenstoß erschien der kommunistische Krämer-Oberschneeweide mit stark verbundenem Kopfe wieder im Sitzungssaal. Das Blut der frischen Kopfverletzung lief durch den Notverband hindurch über sein Gesicht. Er räumte seinen Arbeitsplatz und rief dabei einigen Nationalsozialisten, die sich noch im Sitzungssaal aufhielten, zu: „20 für einen, Ihr Hunde. Das sollt Ihr noch bezahlen!“ Die Beamten des Hauses mußten bei Befestigung des Kampffeldes feststellen, daß dem Landtag ein sehr erheblicher Sachschaden entstanden ist. Zum Teil sind auch die Polster der Sitzplätze der Abgeordneten heruntergerissen worden, jedoch die Kopfhaarfütterung herausfällt.

Der Abg. Dr. Westler (Zentr.), Arzt im Rheinland, bemühte sich sofort um die Verletzten und legte ihnen Verbände an. Der Sozialdemokrat Jürgensen mußte genötigt werden, da ihm die eine Gesichtshälfte aufgerissen worden ist. Er wurde ins Krankenhaus gebracht.

Die Sitzung des Ältestenrates Keine Beschlüsse

El Berlin, 25. Mai. Der Ältestenrat des Preussischen Landtages trat sofort nach der gewalttätigen Verletzung der Sitzung zusammen, um sich über die gegen die schuldigen Abgeordneten zu ergreifenden Maßnahmen schlüssig zu werden. Wie verlautet, haben Nationalsozialisten und Kommunisten erklärt, daß ihnen an der Klärung der Schuldfrage nichts gelegen sei und daß sie ein Eingreifen der Polizei nicht wünschten. Die Sozialdemokraten erklärten dagegen, daß sie sich angesichts der Verletzung des Abgeordneten Jürgensen und des ganzen Tatbestandes nicht damit abfinden könnten, daß die Beteiligten erklärten, sie seien ohne weiteres Interesse. Eine ähnliche Erklärung wurde vom Zentrum abgegeben. Beschlüsse wurden im Ältestenrat nicht gefaßt.

200 Abgeordnete an der Schlacht beteiligt

El Berlin, 25. Mai. Die Schlägerei, die sich heute im Sitzungssaal des Landtages zutrug, ist beispiellos in der Geschichte deutscher Parlamente. Es sind zwar im Landtag in den letz-

ten Jahren schon mehrfach Schlägereien vorgekommen, bei denen es auch Leichtverletzte gegeben hat. Heute aber kam es zu einer förmlichen Schlacht, bei der 200 Abgeordnete mit allen erreichbaren Gegenständen aufeinander einschlugen. Nach den bisherigen Feststellungen, haben fünf Abgeordnete erhebliche Verletzungen davongetragen. Die Kommunisten hatten die Nationalsozialisten bereits durch ihr Verhalten gegenüber dem Ältestenpräsidenten Litzmann schwer gereizt.

Der Preussische Landtag vertagt sich nach der Sitzung auf Mittwoch, 1. Juni

El Berlin, 25. Mai. Der Ältestenrat des Preussischen Landtages hat am Mittwoch beschlossen, außer der heutigen Sitzung in dieser Woche keine Vollsitzung mehr abzuhalten, sondern die nächste Vollsitzung auf Mittwoch, den 1. Juni, einzuberufen. Wie die El in gut unterrichteten Kreisen hört, ist es sehr fraglich, ob die Wahl des Ministerpräsidenten in der nächsten Woche schon stattfinden wird.

Donnerstag erste Zählungnahme zwischen Zentrum und NSDAP über die Regierungsbildung in Preußen

El Berlin, 25. Mai. In parlamentarischen Kreisen rechnet man damit, daß der sittingsfreie Donnerstag zu Besprechungen zwischen Nationalsozialisten und Zentrum über die Regierungsbildung benutzt werden wird. Kommt keine Einigung zwischen den Parteien zustande, dann glaubt man, daß die Entscheidung auf den Herbst verschoben werden wird.

Der neue Präsident des Preussischen Landtages, Kerl, will wegen der Vorkommnisse am Mittwoch demnächst veranlassen, daß in Zukunft sich vor der Rednertribüne Abgeordnete auf keinen Fall mehr versammeln dürfen.

Skandal um den New-Yorker Oberbürgermeister?

Bürgermeister Walker vor dem Untersuchungsausschuß für die New-Yorker Stadtfinanzen

El Newyork, 25. Mai. Vor dem vom Gouverneur Roosevelt zur Untersuchung der Newyorker Stadtfinanzen eingesetzten Untersuchungsausschuß begann am Mittwoch nach monatelangen Vorar-

Verstärkung des militärischen Schutzes in Ostpreußen

El Königsberg, 25. Mai. Das Wehrkreis-Kommando 1 in Königsberg teilt mit, die dauernde Bedrohung der vom Reich abgetrennten Provinz habe das Reichswehrministerium veranlaßt, ihre Verteidigungsfähigkeit im Rahmen des durch das Versailles-Diktat erlaubten zu verbessern. Hierfür zur Verfügung gestellte Mittel würden zur Verstärkung des sogenannten Heilsberger Dreiecks benutzt, um der Abwehrkraft der Provinz ein weiteres Rückgrat zu geben. Die erforderlichen Geländeverstärkungen würden zum größten Teil an provinzielle Baufirmen vergeben werden. Daneben dürfte auch der freiwillige Arbeitsdienst eingesetzt werden. Abgesehen von dem Zweck der Geländeverstärkungen seien diese Arbeiten auch im Interesse der Arbeitsbeschaffung zu begrüßen. Das Wehrkreis-Kommando fügt jedoch hinzu, daß die neuen Verstärkungen keineswegs auf eine Verschärfung der Bedrohung der Provinz zurückzuführen seien. Die vor dem an dem Heilsberger Dreieck wohnende Bevölkerung habe keinen Grund zu der Annahme, daß sie militärisch aufgegeben sei. An dem Grundsatze der Behauptung der ganzen Provinz habe sich nichts geändert.

Polnisches Mitegeheul über die Verstärkung des militärischen Schutzes

El Warschau, 26. Mai. Die letzten Beschlüsse des Außenausschusses des Reichstages, sowie die Ankündigung über die Verstärkung des militärischen Schutzes in Ostpreußen, haben in Polen größte Beachtung gefunden, und, wie gewöhnlich in solchen Fällen, die polnische Presse in größte Aufregung versetzt. Zunächst beschränken sich die polnischen Blätter darauf, die Berliner Meldungen kommentarlos zu veröffentlichen; doch aus der Ueberschrift: „Die Deutschen drohen und besetzen Ostpreußen“ — ein brutaler Beschluß des Auswärtigen Ausschusses des Reichstages usw.“ geht deutlich hervor, wie erbost man hier über diese Beschlüsse ist. Den Beschluß des Auswärtigen Ausschusses bezeichnet beispielsweise das maßgebende Regierungsblatt „Gazeta Polska“ als „Bahnvorstellung und nach Meinung der nationaldemokratischen „Gazeta Warszawska“ ist es überhaupt eine Herausforderung. „ABC“ erklärt, der Beschluß stelle einen Bruch des Artikel 180 des Vertrages von Versailles dar, demzufolge der Bau von Befestigungen unzulässig sei. Uebrigens seien die Beschlüsse nicht erfolgt, um die Welt glauben zu machen, Ostpreußen sei von Polen bedroht.



Das Trümmerfeld

Während des Kampfes wurden sämtliche erreichbaren Gegenstände als Angriffs- und Verteidigungswaffen verwendet: Stühle, Stuhlpolster, Tisch-

lästen, Tintenläster, Glasbirnen und Wasserflaschen.

Walker verteidigt sich

El Newyork, 25. Mai. Nachdem Bürgermeister Walker vor dem Untersuchungsausschuß den Immunitätsverzicht unterzeichnet hatte, verteidigte er sich gegen die Beschuldigung, die Omnibusgesellschaft durch eine Lizenzgewährung unterstützt zu haben, wofür ihm für seine Europareise ein Kreditbrief in Höhe von 10 000 Dollars ausgestellt worden sei. Als Bürgermeister Walker dem Staatsanwalt erklärte, „noch bin ich Oberbürgermeister von Newyork“, spendeten die Zuhörer lebhaften Beifall. Der erste Verhandlungstag hat keine Ueberraschungen gebracht. Bezüglich seiner Europareise erklärte der Bürgermeister, daß die in den gegen ihn erhobenen Beschuldigungen erwähnten 13 000 Dollar den Reisekosten für die

40

enmäntel usw.

helm
imann

heater

lektow
selott Schaak
Fronleichnam
Lustspiel aller
zlichen im Rund-
ne Schauspiel

mberg

stor in
Südens'

die Welt roman-
e wundervolle
nischen Land-
ringlichkeit er-

Leicht

annten Fachmann
ie das

schreiben

den in Brühl Dien-
tags im Juni neue
eld. schriftlich an
Lütticherstraße 7
A. L. Tietz A.G., Köln
memalerei zu be-
hnißstraße 40.

Magen-
leidend?

Bei Magenleiden
der Art wie Magen-
krampf, Magen-
schmerzen und deren
Folgen, so Unverdaulich-
keit, Appetitlosigkeit,
nervösem Magen-
erbrechen, Ent-
kräftung, Gemüths-
leiden wirkt d. über
60 Jahre bewährte

Hubert Ullrich'sche
Kräuterwein

infolge der eigenar-
tigen gütlichen Zu-
sammensetzung auf
die Magenleiden und
den Gemüthsleiden
zu haben. Zu haben
in allen Apotheken
bestimmt in der
alten Kurpfälzischen
Apotheke am Markt.

ganze unter seiner Führung stehende Reisegesellschaft darstellten. Er selbst habe dazu beigetragen.

21 New York, 25. Mai. Im weiteren Verlauf der Sitzung des Untersuchungsausschusses forderte Bürgermeister Walker den Staatsanwalt auf, ihm den Brief der Untersuchung klipp und klar darzulegen. Seabury antwortete, daß Walkers private Finanzangelegenheiten zum mindesten verdächtig seien. Es erhob sich darauf im Saal ein Riesentumult. Die Parteifreunde Walkers im Ausschuss sowie die Zuschauer schrien, tobten und lachten. Ein Mann im Zuscherraum versuchte eine Rede zu halten. Der Vorsitzende Schlichter unterbrach schließlich die Sitzung. Nach der Wiederaufnahme des Verhörs teilte Walker mit, daß er zusammen mit dem Verleger Paul Bloch ein gemeinsames Konto eröffnet habe. Bloch legte 1000 bis 2000 ungenannte Aktien ein, Walker nicht. Infolge der Verhaftung vom Februar 1927 bis August 1929 erzielten die Kontoinhaber einen Gewinn von fast einer Viertel Million Dollar. Hieron erhielt Walker 102.000 Dollar. Walker hat alle gegen ihn erhobenen Vorwürfe mit großem Schneid zurückgewiesen.

Staatssekretär Meißner beim Reichskanzler — Aenderung der Notverordnung?

21 Berlin, 26. Mai. Staatssekretär Meißner hat nach seiner Rückkehr aus Neudorf dem Reichskanzler über seine Besprechungen mit dem Reichspräsidenten eingehend Bericht erstattet. In unterrichteten Kreisen wird es für möglich gehalten, daß auf Grund besonderer Wünsche des Reichspräsidenten die geplante Notverordnung in einigen Punkten noch eine Aenderung erfahren dürfte. Es wird jedoch erklärt, daß derartige Änderungen nicht auf irgendwelche Schwierigkeiten innerhalb des Kabinetts stoßen würden. Was die sonst mit der Notverordnung noch zusammenhängenden Fragen personeller Art angeht, so sind die Entscheidungen hierüber erst nach dem Vortrag zu erwarten, den der Reichskanzler bekanntlich am Sonntag dem Reichspräsidenten von Hindenburg erstatten soll.

Deutschland unterzeichnet das vorläufige Schuldentrückzahlungsabkommen

21 Washington, 26. Mai. Der deutsche Vizepräsident von Brüning hat unterzeichnet im Schatzamt die Schuldtrückzahlungsabkommen in Höhe von 6 Millionen Dollar. Die Schulden sind innerhalb von 10 Jahren zurückzahlen. Finnland und Griechenland haben gleichfalls schon unterschrieben. Die übrigen Länder dürften in der nächsten Woche folgen.

Direktorium Simaitis zurückgetreten

Erste Landtagssitzung am 4. Juni

21 Memel, 26. Mai. Der Präsident des litauischen Direktoriums Simaitis hat an den neuen Gouverneur Gylis ein Schreiben gerichtet, in dem er den Rücktritt seines Direktoriums im Hinblick auf die Memelwahlen mitteilt. Gylis hat den Rücktritt genehmigt, und Simaitis gebeten, die Geschäfte bis zur Neubildung des Direktoriums weiter zu führen. Ferner hat Gylis den neuen Landtag für den 4. Juni vormittags 10 Uhr einberufen.

Einbeziehung sämtlicher Brandwaffen in die qualitative Abrüstung

21 Genf, 26. Mai. Im Ausschuss für die chemischen und bakteriologischen Kriegswaffen ist von einem dreigliedrigen Unterausschuss ein Verhandlungstext ausgearbeitet worden, wonach folgende Waffen als ausgesprochene Angriffswaffen sowie als Bedrohung für die Zivilbevölkerung und für die nationale Verteidigung erklärt und in die qualitative Abrüstung einbezogen werden:

1. sämtliche Brandwaffen,
2. alle Apparate und Substanzen, deren Bestimmung durch Feuer zerstörend wirken kann.

Ausgenommen sind jedoch diejenigen Kriegsmaterialien, die als Abwehrmittel Feuer erzeugen, sowie die pyrotechnischen Waffen, wie Raketen, Leuchtgranaten usw. Diese Waffengattungen sollen nicht als Angriffswaffen angesehen werden. Die Vertreter der englischen und australischen Regierung machten zu diesem Text einen Generalvorbehalt geltend, da die Stellungnahme ihrer zuständigen Ministerien noch nicht vorliegt. Der englische Vertreter warf ferner die Frage auf, ob technische Brandwaffen, die zur Verteidigung gegen Luftangriffe verwendet werden, als Angriffswaffen anzusehen seien. Der deutsche Vertreter nahm den Text an, auf dessen Grundlage jetzt die endgültige Entscheidung über den Angriffskarakter der Gas- und chemischen Waffen getroffen werden wird. Die deutsche Abordnung steht auf dem Standpunkt, daß sämtliche chemischen und bakteriologischen Kriegswaffen ausnahmslos verboten werden müssen.

Kommunale Finanzwirtschaft

Die Verteilung der kommunalen Ausgaben in den Gemeinden 1928-29

Der Band 387 der Statistik des Deutschen Reiches ist der „Kommunalen Finanzwirtschaft“ gewidmet. Eine der vielen Uebersichten in dem mächtigen Band zeigt, wie sich 1928-1929 die Ausgaben bezw. die Ausgabearten in den Größtenklassen auf die einzelnen Verwaltungszweige verteilen. Als wesentlich ist dabei festzustellen, daß von den Ausgaben insgesamt in den Gemeinden mit mehr als 25 000 Einwohnern das Wohlfahrtswesen 25-30 v. H. und das Bildungswesen 20-25 v. H. beansprucht, in den Gemeinden mit 5001-25 000 Einwohnern dagegen das Bildungswesen mit 25 v. H. an erster und das Wohlfahrtswesen mit 20 v. H. an zweiter Stelle steht, während bei den Gemeinden bis zu 5000 Einwohnern zwar das Bildungswesen mit 25-35 v. H. die erste Stelle einnimmt, das Wohlfahrtswesen aber mit 10-15 v. H. erst auf dem vierten Platz folgt. Aus den für das Bildungswesen gegebenen Zahlen ist zu ersehen, daß es mit abnehmender Gemeindegröße erhöhte finanzielle Bedeutung erhält.

In weit stärkerer Maße ist dies jedoch für die Allgemeinen Verwaltungen und für Wirtschaft und Verkehr festzustellen. Die Aufwendungen hierfür, die in den Großstädten nur 6 bzw. 9 v. H. der Gesamtausgaben betragen, steigen in den Gemeinden bis zu 2000 Einwohnern auf 15 bzw. 25 v. H., so daß sie hier an den Gesamtausgaben erheblich stärker beteiligt sind als das Wohlfahrtswesen (10 v. H.). Bei diesen Zahlen der Großstädten und den kleineren Gemeinden festgestellten Unterschieden ist zu berücksichtigen, daß bei den großen Gemeinden eine stärkere Dezentralisierung der Verwaltung besteht als bei den kleineren Gemeinden. Aufgegeben sind auch bei diesen in stärkerer Maße Verwaltungsaufgaben bei den Allgemeinen Verwaltungen zusammengefaßt, während bei jenen der Verwaltungsaufwand für besondere Aufgaben wie Wohlfahrtswesen, Straßensystem usw., weitgehend auf die in Betracht kommenden Verwaltungszweige aufgeteilt ist. In den Gemeinden bis zu 2000 Einwohnern fällt der Anteil der Ausgaben für das Wohnungswesen an den Gesamtausgaben, der in den Gemeinden mit mehr als 2000 Einwohnern ziemlich einheitlich 13 bis 18 v. H. beträgt, auf unter 5 v. H. Die Anstalten und Einrichtungen verschiedenster Art sind nur in den größeren und mittleren Gemeinden von Bedeutung.

Bei den einzelnen Ausgabearten ergibt die Verteilung auf die Verwaltungszweige ein anderes Bild als bei den Ausgaben insgesamt. Die persönlichen Ausgaben entfallen in allen Gemeindegrößenklassen ziemlich regelmäßig mit rund 50 v. H. auf das Bildungswesen. Es folgen bei allen Gemeinden außer den Großstädten die Allgemeinen Verwaltungen, mit einem in den mittleren und kleineren Gemeinden ansteigenden Anteil von 20 bis 40 v. H., so daß der Anteil der beiden Verwaltungszweige an den gesamten persönlichen Ausgaben rund 70 v. H. in den Gemeinden mit 10 001 bis 100 000 Einwohnern und 85 v. H. in den Gemeinden bis zu 2000 Einwohnern ausmacht. In den Großstädten beansprucht das Wohlfahrtswesen, wenigstens für die Rechnungsjahre 1927-28 und 1928-29, mit 18-19 v. H. mehr persönliche Ausgaben als die Allgemeinen Verwaltungen mit 15-16 v. H., während in den übrigen Gemeinden die Bedeutung des Wohlfahrtswesens für die persönlichen Ausgaben stärker als für die Ausgaben insgesamt von Größtenklasse zu Größtenklasse abnimmt. Dafür spielen in den Größtenklassen noch die persönlichen Ausgaben für die Polizei mit 12 bis 13 v. H. eine Rolle.

An den sächlichen Ausgaben ist das Wohlfahrtswesen mit einem in den mittleren und unteren Gemeindegrößenklassen kleiner werdenden Anteil beteiligt. Er beträgt in den Großstädten rund 40 v. H., in den Gemeinden mit 5001 bis 10 000 Einwohnern rund 25 v. H. — das Wohlfahrtswesen nimmt hiermit noch die erste Stelle bei den sächlichen Ausgaben dieser Größtenklasse ein —, in den Gemeinden bis zu 2000 Einwohnern aber rund sechs v. H. Umgekehrt verhält es sich bei Wirtschaft und Verkehr und bei den Allgemeinen Verwaltungen. Diese Verwaltungszweige beanspruchen in den Großstädten 11 bzw. 5 v. H., in den Gemeinden mit 10 001 bis 25 000 Einwohnern bereits 19 bzw. 9 v. H. und steigen in den Gemeinden bis zu 2000 Einwohnern auf 45 bzw. 16 v. H. Auf das Bildungswesen entfallen in allen Größtenklassen einheitlich 16-20 v. H.

Die Zuschüsse und Unterstüßungen usw. entfallen in allen Gemeinden zu rund 90 bis 95 v. H. auf das Wohlfahrtswesen und Bildungswesen. Bei den Gemeinden mit mehr als 10 000 Einwohnern kommt fast ausschließlich das Wohlfahrtswesen in Betracht. In den drei restlichen Größtenklassen erfordert dagegen das Bildungswesen einen mit abnehmender Bevölkerung immer höher werdenden Anteil und übersteigt sogar vom Rechnungsjahr 1927-28 ab in den Gemeinden bis zu 2000 Einwohnern mit einem Satz von 50 v. H. das Wohlfahrtswesen (40 v. H.).

Von den Ausgaben für Neubauten, Grundstücksankäufe usw. beanspruchen Wirtschaft und Verkehr in den Gemeinden mit mehr als 2000 Einwohnern rund ein Drittel und in den kleineren Gemeinden rund die Hälfte. Auf das Wohnungswesen entfällt im allgemeinen ein von den Großstädten bis zu den Gemeinden mit 2001 bis 5000 Einwohnern steigender Anteil

(18-29 v. H.), der bei den Gemeinden bis zu 2000 Einwohnern wieder auf 16-17 v. H. zurückgeht. Beide Verwaltungszweige zusammen haben einen Anteil von rund 60 v. H., in den Großstädten einen etwas geringeren (50 v. H.) und in den Gemeinden bis zu 2000 Einwohnern einen etwas höheren Anteil (über 65 v. H.).

Bei den Gemeindeverbänden konzentrieren sich die Ausgaben in der Hauptsache auf das Wohlfahrtswesen und auf Wirtschaft und Verkehr, (Straßen, Wege und Wasserstraßen). Die beiden Verwaltungszweige zusammen sind an den Ausgaben insgesamt in den Kreisverbänden mit 75 v. H. bis 80 v. H., in den Provinzialverbänden mit 90 v. H. beteiligt, davon entfallen auf Wirtschaft und Verkehr sowohl bei den Kreisen als auch bei den Provinzialverbänden je rund ein Drittel der Gesamtausgaben. Bei den Kreisverbänden sind noch das Wohnungswesen mit 11-12 v. H. und die Allgemeinen Verwaltungen mit 7-9 v. H. der Gesamtausgaben von Bedeutung.

In den Kreisverbänden entfallen von den persönlichen Ausgaben auf Wirtschaft und Verkehr, auf das Wohlfahrtswesen und auf die Allgemeinen Verwaltungen je ein Drittel, von den sächlichen Ausgaben je die Hälfte, ein Drittel und ein Zehntel. Bei den Provinzialverbänden nimmt das Wohlfahrtswesen rund 70 v. H. der persönlichen Ausgaben in Anspruch. Die sächlichen Ausgaben verteilen sich zu rund 65 v. H. bzw. 35 v. H. auf das Wohlfahrtswesen sowie Wirtschaft und Verkehr.

Bei den Zuschüssen und Unterstüßungen usw. machen die Beträge des Wohlfahrtswesens bei den Kreisverbänden rund 90 v. H. und bei den Provinzialverbänden ungefähr 50-60 v. H. aus; bei den letzteren kommen noch rund 25 bis 35 v. H. für Wirtschaft und Verkehr hinzu.

Die Ausgaben für Neubauten, Grundstücksankäufe usw. verteilen sich bei den Kreisverbänden im Rechnungsjahr 1928-29 zu rund 70 v. H. auf den Verwaltungszweig Wirtschaft und Verkehr und zu 15 v. H. auf das Wohlfahrtswesen. Bei den Provinzialverbänden entfallen von diesen Ausgaben 67 v. H. (1927-28 81 v. H.) auf Wirtschaft und Verkehr und 30 v. H. (1927 bis 1928 17 v. H.) auf das Wohlfahrtswesen.

Die Frage des Unterstüßungswohnsitzes

Bestrebungen auf Aenderung der Gesetzgebung.

Der „Unterstüßungswohnsitz“ ist bekanntlich der Ort, der einen hilfsbedürftigen Deutschen zum Empfang öffentlicher Unterstüßung im Wege der Fürsorge berechtigt. In den Zeiten, als die deutsche Bevölkerung noch überwiegend sesshaft war, galt das Heimatprinzip. Damit war jeder dort unterstüßungsberechtigt, wo er geboren war. Dieser Ort blieb zur Unterstüßung verpflichtet, solange der Hilfsbedürftige lebte und wo immer er sich aufhalten mochte. Als aber die Bevölkerung infolge der Industrialisierung sich stark beweglich gestaltete, wurde um 1872 in einer Reihe von deutschen Ländern in der Armenverfassung der Begriff des Unterstüßungswohnsitzes eingeführt. Danach war zur endgültigen Unterstüßung diejenige Gemeinde verpflichtet, in deren Bereich sich der Hilfsbedürftige nach seinem vollendeten 16. Lebensjahre eine bestimmte Zeit aufgehalten hat. Diese Wartezeit betrug früher vier, dann zwei Jahre und zuletzt ein Jahr. Durch die Verordnung über die Fürsorgepflicht vom 13. Februar 1924 ist an Stelle des Unterstüßungswohnsitzes heute der Grundsat des gewöhnlichen Aufenthaltes, also weitere Forderung eingeführt worden. Damit ist der Fürsorgeverband wenigstens zur vorläufigen Unterstüßung verpflichtet, in dem der Hilfsbedürftige seinen augenblicklichen Aufenthalt hat. Daraus ergeben sich starke finanzielle Belastungen, besonders für die größeren Gemeinden. So mehrten sich Anregungen aus Kreisen der Städte, eine Aenderung der Gesetzgebung anzustreben und statt des gewöhnlichen Aufenthaltes die Wiedereinführung des Unterstüßungswohnsitzes zu verlangen. Demgegenüber sind allerdings auch Meinungen vorhanden, die schon aus der gegenwärtigen Tendenz des Sinkens der großstädtischen Bevölkerung ohne Eingriff durch die Gesetzgebung einen allmählichen automatischen Ausgleich erhoffen.



Admiral von Hipper

Der bekannte Führer der leichten Seestreitkräfte in der Schlacht von Jütland, Vizeadmiral von Hipper, ist im Alter von 67 Jahren einem Schlaganfall erlegen.

Das Neue in Kürze

— Der neue Reichshaushalt ist zwar vom Kabinett noch nicht endgültig verabschiedet, liegt aber in seinen wesentlichen Teilen bereits dem Reichstag vor.

— Bei einer Beratung über die Anträge zur Kapital- und Steuerflucht im Steueraus-schuss des Reichstages wurde die Feststellung gemacht, daß als Wirkung der Steueramnestie über zwei Milliarden RM Vermögenswerte angemeldet worden sind.

— Die Reichseinnahmen im Monat April aus Besitz- und Verkehrssteuern, Zöllen und Verbrauchsabgaben beliefen sich auf 555,8 Millionen RM.

— In schweren Ausschreitungen ist es gestern in Düsseldorf gekommen, wo Schaulustiger gerümmelt und Lebensmittelgeschäfte geplündert wurden. Auch aus Wuppertal werden Kundgebungen gemeldet. Schwere Unruhen gab es schließlich im Ruhrgebiet, wo sich eines großen Teils der Bevölkerung infolge der katastrophalen Wirtschaftslage eine verzweifelte Stimmung bemächtigt hat.

— In Hamburg ist es gestern erneut zu kommunistischen Gewalttätigkeiten gekommen. Eine große Anzahl von Kundgebern soll schwer verletzt worden sein.

— Der Dampfer „Europa“ hatte am Mittwoch EDE-Rufe des von seinem Deck aufgestellten Schleuder-Pistollengeschusses aufgefange. Später gelang es aber dem Flugzeug, seinen Flug fortzusetzen und im Flughafen von Völs zu landen. Die Besatzung des Flugzeuges behauptet übrigens, keine EDE-Rufe abgefaßt zu haben.

— Am Montag nächster Woche tritt in Paris der internationale Sachverständigenausschuss zur Beratung der Finanzlage der Donanstaaten zusammen.

— Im englischen Unterhaus machte ein Regierungsvertreter die Mitteilung, daß England an Amerika 326 Millionen Pfund Schulden abgezahlt, von seinen eigenen Schulden aber nur 200 Millionen Pfund erhalten habe.

— Das neu gebildete japanische Kabinett hielt seine erste Sitzung ab, wobei der Ministerpräsident u. a. die Notwendigkeit eines weiteren Vorgehens Japans in der Mandchurei betonte.

Rußland, das Land mit den meisten Minderheiten.

Alto. Die nationale Mannigfaltigkeit der Bevölkerung des Sowjetstaates findet wohl in keinem Lande der Erde ihresgleichen; rund 185 verschiedene Völker und Volksstämme, die 147 Sprachen reden, leben im Gebiet der Sowjets. So lautet wenigstens das soeben veröffentlichte offizielle Ergebnis der russischen Volkszählung vom Jahre 1926. Die Deutschen, die Juden und die Polen rechnen zu den Minderheiten mit größerem zahlenmäßigen Anteil, während es sich bei den meisten nur um einzelne Stämme handeln dürfte. An erster Stelle stehen im neuen russischen Reich die eigentlichen Russen mit 53 Prozent, die Ukrainer mit 21 vom Hundert, dann folgen in Abständen acht Völker, die mehr als eine Million zählen, nämlich die Tataren, die Juden, die Georgier, die Türken in Aserbeidschan, die Armenier, die Nordwiner, die Deutschen und die Tschuwaschen. Alle übrigen Völker und Volksstämme erreichen zusammen nur 10 Prozent von der gesamten russischen Bevölkerung. Um bei der Welt draußen die Vorstellung zu erwecken, als sei der Bolschewismus von der Idee der Freiheit der Völker und der einzelnen Minderheiten befeuert, wird Rußland von offizieller Regierungsseite stets als ein Staat auf völkisch-föderativer Grundlage erklärt und die völlige „Freiheit von 43 Staaten in Rußland mit vollkommener Selbstverwaltung“ verkündet. Wie steht aber die Wirklichkeit zu diesen Schlagwörtern in Widerspruch? Von einer wahren Selbstverwaltung im Sinne echter Geistes- und Gewissensfreiheit kann keine Rede sein. Das Deutschum in Rußland hat vielmehr ein wahres Martyrium zu erleiden. Die einst blühenden Siedlungen an der Wolga sind wirtschaftlich und kulturell zugrunde gerichtet. Die meisten Vertreter der katholischen und evangelischen Geistlichkeit sind in der Verbannung, viele unter ihnen sind infolge der schlechten Behandlung gestorben. Der katholische Bischof Repler ist zum Tode verurteilt und lebt jetzt in Deutschland. Das evangelische Predigerseminar, das katholische Priesterseminar sowie die konfessionellen deutschen Bildungsanstalten sind sämtlich aufgelöst. Erst in diesen Tagen wurden wieder 30 evangelische Geistliche verbannt; von ihnen ist der bei den Wolgadeutschen so beliebte Pastor Erbes soeben in der Verbannung an Entkräftung gestorben. Es ist wahrhaftig eine herrliche Freiheit, mit der die Sowjets die Welt beglücken wollen.

Warnung vor Auswanderung nach Südamerika.

Alto. Dem Reichsverbande für die katholischen Auslandsdeutschen wird von geistlicher Seite aus Südamerika geschrieben: Die Zahl der Stellen für hiesigen aus den Kreisen unserer Landsleute, die in ihrer Trostlosigkeit durch Ueberföhlung nach dem fernen Südamerika Rettung erhoffen, nimmt immer mehr zu. Wie gern möchten wir ihnen helfen. Trost, um größeres Unglück zu verhüten, müssen wir ihnen jagen: „Bleibt bis auf weiteres fort von Südamerika!“ Auch Südamerika

leiser Stimme, „Hier kann er nicht bleiben. Sollen Sie ihn mit sich nehmen?“
Er blickte sie an, ohne den Sinn ihrer Worte recht zu verstehen.
„Mit mir nehmen? Sollen Sie mich mitnehmen?“
„Nein, nicht mitnehmen. Sollen Sie mich mitnehmen?“
„Nein, nicht mitnehmen. Sollen Sie mich mitnehmen?“

Der Wunderschein in der Praxis
Bekanntlich können nach § 169 des Gesetzes über Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung männliche unterstützungsbedürftige Arbeitslose, die ihre Lehre beendet haben, beim Vorübergehen ihres Arbeitsalters einen Wunderschein beantragen, der eine Gültigkeit von höchstens zehn Wochen hat und den Inhaber berechtigt, in den Orten der Wanderschaft seine Unterstüßung in Empfang zu nehmen. Dem Antrag darf nur dann stattgegeben werden, wenn das Wandern zur Erlangung einer geeigneten Beschäftigung und beruflichen Weiterbildung zweckmäßig erscheint. Außerdem müssen Jugendliche unter 18 Jahren die Zustimmung des Jugendamtes beibringen. Im Sommerhalbjahr 1931 (1. April bis 30. September) sind 5969 Wunderscheine von den Arbeitsämtern ausgestellt worden gegen 12 598 im Sommer 1930. Nicht ganz 10 v. H. der Inhaber dieser Wunderscheine konnten Arbeit finden, davon jedoch im Ausland. Die meisten Wanderscheineinhaber standen im Alter von 18 bis 30 Jahren. 34,4 v. H. gehörten zu den Berufsgruppen Metallverarbeitung und Industrie der Maschinen, Instrumente und Apparate, je 17 v. H. zum Holz- und Baugewerbe, etwa 12 v. H. zum Nahrungs- und Genussmittelgewerbe. Im Winterhalbjahr 1931/32 (1. Oktober bis 31. März) wurden im ganzen Reichsgebiete 392 Wunderscheine ausgestellt gegen 1533 im Vorjahre.

Die Wanderschaft
In einer Zeit, wo Millionen deutscher Volksgenossen nur das nackte Leben fristen und wo in erster Linie wenigstens die eigenen Existenzellen der Lebensmittelerzeugung voll ausgeschöpft werden sollten, gehen noch Hunderte von Millionen Volksgenossen für Seefische und Fischindustriezeugnisse ins Ausland. Jeder Deutsche sollte daher nach Kräften bemüht bleiben, durch reichlichen Verzehr dieses hochwertigen und bekömmlichen Nahrungsmittels der deutschen Seefischerei in ihrer jetzigen Notlage zu helfen. 50 Prozent der deutschen Fischdampfer liegen wegen Absatzmangel untätig in den Häfen. — Über den hohen Wert der Seefischnahrung braucht kaum noch etwas gesagt zu werden. Leider wird diese Nahrungsmittelquelle in Deutschland noch nicht genügend geschätzt, wenngleich in den letzten vier Jahren der Seefischverbrauch im Jahresdurchschnitt um pro Kopf seit dem Jahre 1927 von rund 15 Pfd. um etwa 20 Prozent auf gut 19 Pfd. im Jahre 1930 gestiegen ist. Im Fischgenuss sind uns andere Völker weit voraus. So werden beispielsweise in England pro Jahr und Kopf der Bevölkerung 63 Pfd. Seefische verzehrt. — Vor allem liegt es aber im allgemeinen volkswirtschaftlichen Interesse, wenn der Seefischverbrauch, als natürliche heimische Ernährungsquelle weiter gesteigert werden kann. Unsere Hochseefischerei verfügt über mehr als 350 Dampfer 130 Motorschiffe, 128 Springfangboote und etwa 12 000 Küstenschiffe. Insgesamt hat die Deutsche Seefischerei 680 Mill. Pfd. im Jahre 1931 mit einem Handelswert von über 300 Mill. M. als „Früchte des Meeres“ geerntet. Diese ungeheure Summe gibt über 200 000 deutschen Volksgenossen Arbeit und Brot.

Die Wanderschaft
In einer Zeit, wo Millionen deutscher Volksgenossen nur das nackte Leben fristen und wo in erster Linie wenigstens die eigenen Existenzellen der Lebensmittelerzeugung voll ausgeschöpft werden sollten, gehen noch Hunderte von Millionen Volksgenossen für Seefische und Fischindustriezeugnisse ins Ausland. Jeder Deutsche sollte daher nach Kräften bemüht bleiben, durch reichlichen Verzehr dieses hochwertigen und bekömmlichen Nahrungsmittels der deutschen Seefischerei in ihrer jetzigen Notlage zu helfen. 50 Prozent der deutschen Fischdampfer liegen wegen Absatzmangel untätig in den Häfen. — Über den hohen Wert der Seefischnahrung braucht kaum noch etwas gesagt zu werden. Leider wird diese Nahrungsmittelquelle in Deutschland noch nicht genügend geschätzt, wenngleich in den letzten vier Jahren der Seefischverbrauch im Jahresdurchschnitt um pro Kopf seit dem Jahre 1927 von rund 15 Pfd. um etwa 20 Prozent auf gut 19 Pfd. im Jahre 1930 gestiegen ist. Im Fischgenuss sind uns andere Völker weit voraus. So werden beispielsweise in England pro Jahr und Kopf der Bevölkerung 63 Pfd. Seefische verzehrt. — Vor allem liegt es aber im allgemeinen volkswirtschaftlichen Interesse, wenn der Seefischverbrauch, als natürliche heimische Ernährungsquelle weiter gesteigert werden kann. Unsere Hochseefischerei verfügt über mehr als 350 Dampfer 130 Motorschiffe, 128 Springfangboote und etwa 12 000 Küstenschiffe. Insgesamt hat die Deutsche Seefischerei 680 Mill. Pfd. im Jahre 1931 mit einem Handelswert von über 300 Mill. M. als „Früchte des Meeres“ geerntet. Diese ungeheure Summe gibt über 200 000 deutschen Volksgenossen Arbeit und Brot.

Arbeitsbeschaffung und Bauwirtschaft
Auf einer Rundgebung der Bauwirtschaft sprach Geh. Reg. Rat Dr. Synow, Präsident der Reichsanstalt für Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung.
Der letzte Winter brachte Deutschland eine Arbeitslosigkeit, wie sie kein Industrieland jemals erlebt hat. Am 1. März ergab die Arbeitsmarktzählung am Arbeitslosen mit ihren Frauen und Kindern am 1. März 13 Millionen Menschen, also rund 1/5 unserer Gesamtbevölkerung. Seit diesem Höhepunkt ist zwar ein bemerkenswerter Rückgang eingetreten. Infolge des Darniederliegens des Baugewerbes entfällt der Rückgang keineswegs

ist überschneidet mit Arbeitslosen. Kommt dann noch ein Ausländer, sei es ein Arbeiter, Kaufmann, Akademiker, Polizeiamtler und, wer es auch sein mag, so heißt es: wieder einer, der den anderen das Brot wegnehmen will. Jeder ist auch in Südamerika infolge der allgemeinen Krise die Anstellungsaussichten geradezu unendlich geworden. So ist die Geldwährung in Staaten wie Argentinien, Brasilien, Uruguay fast auf die Hälfte ihres früheren Wertes gesunken, in den anderen Staaten ist es nicht besser. Daher mußten auch in Südamerika die schärfsten Sparmaßnahmen durchgeführt werden. Viele Beamte und Angestellte sind abgebaut worden. Die Gehälter der noch in Anstellung befindlichen Personen sind bedeutend gekürzt worden, freiverdende Posten werden nicht neu besetzt. Die argentinische Regierung ist mit der Gehaltszahlung seit August 1931 im Rückstand. Die Lage auf dem Getreidemarkt ist katastrophal, die bekanntesten Getreideexportfirmen sind vielfach zusammengebrochen. Die Kaffee-Ernte muß grotzentheils vernichtet werden, da der Kaffee nicht mehr wie in früheren Zeiten Absatz findet. So ist es nur allzu verständlich, daß die Länder in Südamerika sich vor fremdem Zugang immer mehr abriegeln und der einwandernde Fremde mit größtem Argwohn betrachtet wird.

Der Wunderschein in der Praxis
Bekanntlich können nach § 169 des Gesetzes über Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung männliche unterstützungsbedürftige Arbeitslose, die ihre Lehre beendet haben, beim Vorübergehen ihres Arbeitsalters einen Wunderschein beantragen, der eine Gültigkeit von höchstens zehn Wochen hat und den Inhaber berechtigt, in den Orten der Wanderschaft seine Unterstüßung in Empfang zu nehmen. Dem Antrag darf nur dann stattgegeben werden, wenn das Wandern zur Erlangung einer geeigneten Beschäftigung und beruflichen Weiterbildung zweckmäßig erscheint. Außerdem müssen Jugendliche unter 18 Jahren die Zustimmung des Jugendamtes beibringen. Im Sommerhalbjahr 1931 (1. April bis 30. September) sind 5969 Wunderscheine von den Arbeitsämtern ausgestellt worden gegen 12 598 im Sommer 1930. Nicht ganz 10 v. H. der Inhaber dieser Wunderscheine konnten Arbeit finden, davon jedoch im Ausland. Die meisten Wanderscheineinhaber standen im Alter von 18 bis 30 Jahren. 34,4 v. H. gehörten zu den Berufsgruppen Metallverarbeitung und Industrie der Maschinen, Instrumente und Apparate, je 17 v. H. zum Holz- und Baugewerbe, etwa 12 v. H. zum Nahrungs- und Genussmittelgewerbe. Im Winterhalbjahr 1931/32 (1. Oktober bis 31. März) wurden im ganzen Reichsgebiete 392 Wunderscheine ausgestellt gegen 1533 im Vorjahre.

Eßt deutsche Seefische
In einer Zeit, wo Millionen deutscher Volksgenossen nur das nackte Leben fristen und wo in erster Linie wenigstens die eigenen Existenzellen der Lebensmittelerzeugung voll ausgeschöpft werden sollten, gehen noch Hunderte von Millionen Volksgenossen für Seefische und Fischindustriezeugnisse ins Ausland. Jeder Deutsche sollte daher nach Kräften bemüht bleiben, durch reichlichen Verzehr dieses hochwertigen und bekömmlichen Nahrungsmittels der deutschen Seefischerei in ihrer jetzigen Notlage zu helfen. 50 Prozent der deutschen Fischdampfer liegen wegen Absatzmangel untätig in den Häfen. — Über den hohen Wert der Seefischnahrung braucht kaum noch etwas gesagt zu werden. Leider wird diese Nahrungsmittelquelle in Deutschland noch nicht genügend geschätzt, wenngleich in den letzten vier Jahren der Seefischverbrauch im Jahresdurchschnitt um pro Kopf seit dem Jahre 1927 von rund 15 Pfd. um etwa 20 Prozent auf gut 19 Pfd. im Jahre 1930 gestiegen ist. Im Fischgenuss sind uns andere Völker weit voraus. So werden beispielsweise in England pro Jahr und Kopf der Bevölkerung 63 Pfd. Seefische verzehrt. — Vor allem liegt es aber im allgemeinen volkswirtschaftlichen Interesse, wenn der Seefischverbrauch, als natürliche heimische Ernährungsquelle weiter gesteigert werden kann. Unsere Hochseefischerei verfügt über mehr als 350 Dampfer 130 Motorschiffe, 128 Springfangboote und etwa 12 000 Küstenschiffe. Insgesamt hat die Deutsche Seefischerei 680 Mill. Pfd. im Jahre 1931 mit einem Handelswert von über 300 Mill. M. als „Früchte des Meeres“ geerntet. Diese ungeheure Summe gibt über 200 000 deutschen Volksgenossen Arbeit und Brot.

Arbeitsbeschaffung und Bauwirtschaft
Auf einer Rundgebung der Bauwirtschaft sprach Geh. Reg. Rat Dr. Synow, Präsident der Reichsanstalt für Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung.
Der letzte Winter brachte Deutschland eine Arbeitslosigkeit, wie sie kein Industrieland jemals erlebt hat. Am 1. März ergab die Arbeitsmarktzählung am Arbeitslosen mit ihren Frauen und Kindern am 1. März 13 Millionen Menschen, also rund 1/5 unserer Gesamtbevölkerung. Seit diesem Höhepunkt ist zwar ein bemerkenswerter Rückgang eingetreten. Infolge des Darniederliegens des Baugewerbes entfällt der Rückgang keineswegs

der Abnahme der Arbeitslosenzahlen im Frühjahr der vorigen Jahre.
Besonders schwer hat die Krise das Baugewerbe getroffen. Im Jahre 1928 betrug die Bauproduktion neun Milliarden, im Jahre 1931 rund vier Milliarden RM, also etwa 1/3 der Bauproduktion der Jahre vor dem Kriege. In der günstigsten Bauperiode (August) betrug die Zahl der arbeitslosen Bau- und Baufeldarbeiter im Jahre 1927 57 000, im Jahre 1931 617 000. Im Sommer 1931 konnten im Baugewerbe und in der Baustoffindustrie nur 32 v. H. aller Arbeitsplätze besetzt werden. Zur Zeit wird die Zahl der beschäftigten Arbeiter im Baugewerbe und in den Baustoffindustrien etwa 25 v. H. der Arbeitsplätze normaler Bauperioden ausmachen. Im Baugewerbe allein dürfte der Beschäftigungsgrad nicht viel mehr als 15 v. H. ausmachen. Besondere Vorfürsorge erregt die Not der jugendlichen Arbeitslosen, da in Deutschland fast jeder sechste Arbeitslose ein Jugendlicher unter 21 Jahren ist. Ihre Zahl lag im Winter nahe an eine Million. Im letzten Winter hat die Reichsanstalt hier helfend durch berufliche Bildungsmaßnahmen mit praktischer Werkarbeit eingegriffen. Etwa 800 000 jugendliche Arbeitslose konnten hierdurch erfasst werden. Aber große Kreise unserer arbeitslosen Jugend drängen nicht so sehr nach der Erhaltung und Verbreiterung ihrer Berufsbildung. Sie wollen nahrungbringende praktische Arbeit schlechthin; und diesem Drängen unserer arbeitslosen Jugend will der freiwillige Arbeitsdienst Rechnung tragen. Im letzten Jahre sind etwa 2400 Arbeiter im Arbeitsdienst aufgenommen und Beschäftigungsmöglichkeiten für etwa 70 000 jugendliche Arbeitslose geschaffen worden. Zur Zeit sind etwa 30 000 Jugendlichen im Arbeitsdienst tätig. Das Baugewerbe verfolgt begreiflicherweise die weitere Ausdehnung des Arbeitsdienstes mit gewissem Mißtrauen. Es wäre auch nicht zu billigen, wenn Arbeiten, die ihrer Natur nach für den freien Arbeitsmarkt bestimmt sind, in den Kreis des Arbeitsdienstes einbezogen würden. Die ordnungsmäßige freie Betätigung des Bauunternehmers, die Beschäftigung der erprobten Angestellten und Stammarbeiter der Baufirmen und die Betätigung der vielen arbeitslosen Bauarbeiter muß auch in diesen Notzeiten die Regel bleiben. Ergibt sich jedoch, daß bestimmte öffentliche Arbeiten ohne die finanzielle Erleichterungen des freiwilligen Arbeitsdienstes überhaupt nicht zur Ausführung kommen, dann liegt auch für das Baugewerbe kein Anlaß zur grundsätzlichen Ablehnung vor, denn auch diese Arbeiten bedeuten letzten Endes eine Belebung des Baugewerbes. Das Baugewerbe und die mit ihm verbundene Baustoffindustrie ist zur Zeit die Wirtschaftskategorie, die am meisten unter der Not der Krise leidet. Ihr Darniederliegen wirkt sich infolge der Schlüsselstellung zwangsläufig auf den gesamten deutschen Arbeitsmarkt aus. Bei der Prüfung von Maßnahmen zur Belebung der Wirtschaft und zur Entlastung des Arbeitsmarktes steht daher das Baugewerbe im Mittelpunkt. Eine wirkliche Hilfe für unseren Arbeitsmarkt liegt nicht nur in der Zeit noch mehr als fünf Millionen Arbeitslosen und für unseren völlig darniederliegenden Baugewerbe kann nur aus einer natürlichen Gesundung unserer Gesamtwirtschaft kommen.

Brühl und Umgebung

Brühl, den 27. Mai.
Das Fronleichnamsbekennnis
des katholischen Brühl

! Tausende sind gestern wiederum der Einladung gefolgt, ihrem Schöpfer das Ehrengelübte zu geben. Das trübe und regnerische Wetter der letzten Tage hatte, wenn auch nicht ungetrübtem Sonnenschein, so doch einer erträglichen Witterung Platz gemacht. In hellen Scharen strömten die Gläubigen schon zur hl. Messe im Park, die wie immer einen nachhaltig wirkenden Eindruck auf alle Teilnehmer machte. Der Gottesdienst unter dem Grün der Bäume, begrüßt von den Jubelliedern seiner kleinen geliebten Gesänge. Und Taufende sanken auf die Knie als die Gläubigen den heiligen Augenblick der Wandlung verlebten, als die Hölle krachten zur Ehre des jenseitigen Himmels. Eine erhabene Weisheitsrede war es, als das katholische Brühl gestern morgen im schönen Park in seinem Herzen seinen Glauben an die lebendige Gegenwart Christi im allerheiligsten Sakrament bekannte. Wer einmal diesen Gottesdienst am Fronleichnamsmorgen in unserem Park mitgefeiert hat, wird immer gerne daran zurückdenken. Und dann die große und prächtige Prozession. Es mag nicht allzu viele Drie geben, die auf eine solche glänzende religiöse Feier mit vollem Recht stolz sein dürfen. Schier endlos bewegte sich der fromme Zug der betenden und singenden Menschen durch den Park und die Stadt. Es war erhaben, die lange Reihe der Kinder und Jugendliche, der Frauen und Männer zu sehen. Welch feierliche Augenblicke waren die Aufstiege an den Segensaltären; wie ergreifend schön vor dem alten Schloß, wie lieblich still vor dem Schieferberg und wie glaubensstark und bekennnistreu auf dem Marktplatz in aller Öffentlichkeit. Hier hat sich Brühl zu seinem Herrgott bekannt. Das zum Schluß von den vereinigten Musikkapellen gespielte „Großer Gott wir loben Dich“ kam aus aller Teilnehmer Herzen. Ein feierlicher Abschlus! Es soll auch in diesem Jahre anerkannt werden, daß die Einwohner der Stadt, die die Prozession durchzog, für eine würdige Ausrichtung Sorge getragen haben; vor allem hat die Wallstraße hier ein gutes Beispiel gegeben. So bewegte sich die Prozession von Altar zu Altar. Die Gebete und frommen Hieher der Gläubigen vereinigten sich mit dem Klang der Glocken zum Lob und zur Verherrlichung Gottes. Es war ein einziges Jubellied. Brühl hat wiederum bewiesen, daß es einzustehen weiß, wenn es gilt, seinen Glauben zu bekennen.

!! Kartell der christlichen Gewerkschaften von Brühl und Umgebung. In einer Kartellversammlung am Sonntag, vormittags 10 Uhr, im Schönen Wertmann (Griesberg Platz) spricht der neue Kartellsekretär Reuninger, Rbln, über „Der Kampf um die Lebensrechte der deutschen Arbeiterklasse.“ Jeder christl. Gewerkschafter ist willkommen.
:: Die Gemeinnützige Bau- und Spargenossenschaft kauft zu ihrer ordentlichen Hauptversammlung am Sonntag, morgens 10 1/2 Uhr, bei Rölch ein.
(1) Der D.-H.-V. Ortsgruppe Brühl-Rierberg weist nochmals auf den Beginn der Seifenkistenabende (Brief-, Wechsel-, Bund-Firma) am Montag, den 30. 5., im evgl. Gemeindehaus, Wapen-

schaffen worden. Zur Zeit sind etwa 30 000 Jugendlichen im Arbeitsdienst tätig. Das Baugewerbe verfolgt begreiflicherweise die weitere Ausdehnung des Arbeitsdienstes mit gewissem Mißtrauen. Es wäre auch nicht zu billigen, wenn Arbeiten, die ihrer Natur nach für den freien Arbeitsmarkt bestimmt sind, in den Kreis des Arbeitsdienstes einbezogen würden. Die ordnungsmäßige freie Betätigung des Bauunternehmers, die Beschäftigung der erprobten Angestellten und Stammarbeiter der Baufirmen und die Betätigung der vielen arbeitslosen Bauarbeiter muß auch in diesen Notzeiten die Regel bleiben. Ergibt sich jedoch, daß bestimmte öffentliche Arbeiten ohne die finanzielle Erleichterungen des freiwilligen Arbeitsdienstes überhaupt nicht zur Ausführung kommen, dann liegt auch für das Baugewerbe kein Anlaß zur grundsätzlichen Ablehnung vor, denn auch diese Arbeiten bedeuten letzten Endes eine Belebung des Baugewerbes. Das Baugewerbe und die mit ihm verbundene Baustoffindustrie ist zur Zeit die Wirtschaftskategorie, die am meisten unter der Not der Krise leidet. Ihr Darniederliegen wirkt sich infolge der Schlüsselstellung zwangsläufig auf den gesamten deutschen Arbeitsmarkt aus. Bei der Prüfung von Maßnahmen zur Belebung der Wirtschaft und zur Entlastung des Arbeitsmarktes steht daher das Baugewerbe im Mittelpunkt. Eine wirkliche Hilfe für unseren Arbeitsmarkt liegt nicht nur in der Zeit noch mehr als fünf Millionen Arbeitslosen und für unseren völlig darniederliegenden Baugewerbe kann nur aus einer natürlichen Gesundung unserer Gesamtwirtschaft kommen.

Brühl und Umgebung

Brühl, den 27. Mai.
Das Fronleichnamsbekennnis
des katholischen Brühl

! Tausende sind gestern wiederum der Einladung gefolgt, ihrem Schöpfer das Ehrengelübte zu geben. Das trübe und regnerische Wetter der letzten Tage hatte, wenn auch nicht ungetrübtem Sonnenschein, so doch einer erträglichen Witterung Platz gemacht. In hellen Scharen strömten die Gläubigen schon zur hl. Messe im Park, die wie immer einen nachhaltig wirkenden Eindruck auf alle Teilnehmer machte. Der Gottesdienst unter dem Grün der Bäume, begrüßt von den Jubelliedern seiner kleinen geliebten Gesänge. Und Taufende sanken auf die Knie als die Gläubigen den heiligen Augenblick der Wandlung verlebten, als die Hölle krachten zur Ehre des jenseitigen Himmels. Eine erhabene Weisheitsrede war es, als das katholische Brühl gestern morgen im schönen Park in seinem Herzen seinen Glauben an die lebendige Gegenwart Christi im allerheiligsten Sakrament bekannte. Wer einmal diesen Gottesdienst am Fronleichnamsmorgen in unserem Park mitgefeiert hat, wird immer gerne daran zurückdenken. Und dann die große und prächtige Prozession. Es mag nicht allzu viele Drie geben, die auf eine solche glänzende religiöse Feier mit vollem Recht stolz sein dürfen. Schier endlos bewegte sich der fromme Zug der betenden und singenden Menschen durch den Park und die Stadt. Es war erhaben, die lange Reihe der Kinder und Jugendliche, der Frauen und Männer zu sehen. Welch feierliche Augenblicke waren die Aufstiege an den Segensaltären; wie ergreifend schön vor dem alten Schloß, wie lieblich still vor dem Schieferberg und wie glaubensstark und bekennnistreu auf dem Marktplatz in aller Öffentlichkeit. Hier hat sich Brühl zu seinem Herrgott bekannt. Das zum Schluß von den vereinigten Musikkapellen gespielte „Großer Gott wir loben Dich“ kam aus aller Teilnehmer Herzen. Ein feierlicher Abschlus! Es soll auch in diesem Jahre anerkannt werden, daß die Einwohner der Stadt, die die Prozession durchzog, für eine würdige Ausrichtung Sorge getragen haben; vor allem hat die Wallstraße hier ein gutes Beispiel gegeben. So bewegte sich die Prozession von Altar zu Altar. Die Gebete und frommen Hieher der Gläubigen vereinigten sich mit dem Klang der Glocken zum Lob und zur Verherrlichung Gottes. Es war ein einziges Jubellied. Brühl hat wiederum bewiesen, daß es einzustehen weiß, wenn es gilt, seinen Glauben zu bekennen.

!!! Ferienfönderzüge nur in der Zeit vom 27. bis 30. Juli 1932. Neben den Sommerurlaubsarten, die bei dem erholungsstrebenden Publikum sich großer Beliebtheit erfreuen, bleiben die Ferienfönderzugarten bestehen. Die letzteren gelten auf die Einsicht nach wie vor nur für Ferienfönderzüge, die allgemein nur noch zu Ferienbeginn verkehren.
Zu Beginn der Ferien steht in dicht besiedelten Feriengebieten ein außerordentlich starker Abreiseverkehr ein. Viele und namentlich zusammengehörende Kreise von Reisenden (Familien) werden sich gern der Vorteile, die die Ferienfönderzüge bieten, bedienen. Auf Grund der Ferienfönderzugkarte wird den Reisenden im Ferienfönderzug ein Platz gesichert, zusammengehörende Reisende können im allgemeinen damit rechnen, zusammen in einem Abteil untergebracht zu werden. Auf Fahrten über weite Strecken wird dem Reisenden das lästige Umspringen und Warten auf Anschlüsse erspart. Die Reisenden werden im Ferienfönderzug mit der Reisebauer von Schnellzügen befördert und sind von der Zahlung von Eis- oder Schnellzugzuschlägen befreit. Die Rückfahrt kann innerhalb der Geltungsdauer der Ferienfönderzugkarte jederzeit angetreten werden. Die Ferienfönderzugarten gestalten vielfach den Reisenden außerhalb der Fahrt im Ferienfönderzug — namentlich auf der Rückreise — verschiedene Wege für ihre Fahrt zu wählen.
:: Zimmer wieder Brückstühle. Es ist in der letzten Zeit öfters vorgekommen, daß über Brückstühle auf den einzelnen Werken geklagt wurde. Nun sind die Diebe sogar dazu übergegangen, die Holzstücke zwischen Berrenrath und Hermann zu berauben. Die Täter holten den verbleibenden Brennholz von den Jägern herunter. Nun gelang es der Polizei, in einer der letzten Nächte mehrere Personen mit Sanowagen abzufassen, die die Jäge bestohlen hatten und gerade ihre Beute in Sicherheit bringen wollten. Auch wurden einige Diebe gefaßt, die aus einem der Werke Brück-

stühle entwendet hatten. Das gestohlene Gut wurde beschlagnahmt und dem Eigentümer zurückgegeben.
:: Aus Furcht vor Strafe in den Tod gegangen. In einem Walde bei der Ortschaft Berrenrath fanden Spaziergänger einen Mann erhängt vor. Es handelt sich um einen Einwohner aus Brühl. Wie es heißt, soll er aus Angst vor Strafe den verzweifeltsten Schritt unternommen haben. Seine Frau soll ihm im Verlaufe einer Auseinandersetzung gedroht haben, sie würde eine ihn bekannte Straftat von ihm der Polizei melden.
:: Verdröf. Der hiesige Junggesellenverein Rheingold feiert am kommenden Sonntag sein diesjähriges Maifest. Die Vorfeier hat schon stattgefunden. Das neue Königspar heißt Peter Joppen und Hele Körting. Ein gemütlicher Königsball wird am Sonntag diesen schönen Volksbrauch beschließen. Näheres siehe Anzeige.
§ Verdröf. Von Diebstählen wurden in der vorvergangenen Nacht die unteren 3 Blumenkästen an der katholischen Schule fast vollständig ihres Schmuckes beraubt. Der Dieb konnte noch nicht ausfindig gemacht werden.

Evangelische Gemeinde Brühl.
Gottesdienstordnung
Sonntag, den 29. Mai (1. nach Trinitatis). Kollekten für eigene Gemeindebedürfnisse.
Brühl. Evangelische Kirche: Vormittags 10 Uhr Hauptgottesdienst, Pastor Rappner; 11.30 Uhr Kindergottesdienst; 12.30 Uhr Taufen.
Blar. Evangelische Kirche: Vormittags 9.45 Uhr Hauptgottesdienst, Pfarrer Grotzer; 11 Uhr Kindergottesdienst.
Hermheim. Rbln. 1: Nachmittags 3 Uhr Kindergottesdienst, Pfarrer Grotzer.
Brühl. Donnerstag, den 2. Juni: Jahresfest der Evangelischen Frauenhilfe (besondere Anzeige erfolgt noch).

Neues Abkommen des Arbeiter-rahmentarif

für das rheinische Braunkohlenrevier
Am 25. Mai schlossen die Tarifparteien den Arbeiterrahmentarif für das rheinische Braunkohlenrevier neu ab. Nach der Rotterordnung vom 8. Dezember 1931 liefen im Monat April alle Mantel- oder Rahmentarife automatisch ab. Eine Kündigung war von keiner Seite erfolgt. In den ersten Verhandlungen wurde der bisherige Rahmentarif verlängert. Die Parteien hatten in den Verhandlungen beiderseits neue Entwürfe vorgelegt. Die Verhandlungen hatten sich den ganzen Monat Mai hindurchgezogen. Änderungen wurden in der Frage der Wochenarbeitszeit, der Urlaubs- und der Kopfschulden getroffen. In der Urlaubsfrage wurden Verschlechterungen und Verbesserungen eingeführt. Die jugendlichen Arbeiter und Lehrlinge mit 1-jähriger Dienstzeit halten ihren bisherigen Urlaubsanspruch bei. In den Gruppen 2—15-jähriger Tätigkeit wurde je 1 Tag gekürzt, bei 25-jähriger Dienstzeit wurde 1 Tag zugelegt. Der Höchsturlaubsanspruch ist 10 Tage jährlich. Der Vertrag ist in freier Vereinbarung zustande gekommen und läuft un kündbar bis 31. März 1933.

ES genügt nicht,

gute Waren am Lager zu haben. Angebots muß sie werden, um sie abzusetzen! Eine Anzeige in der „Brühler Zeitung“ stellt den Erfolg sicher.

Briefkasten.

Kundenteile unter dieser Rubrik werden nur Belegern der B. J. erteilt und sind unentgeltlich. Anfragen sind nur schriftlich unter Nennung des Namens und Bezeichnung der Zeitung einzulegen. Anfragen durch Fernpost werden nicht beantwortet werden.
Verufsschule. Das Ortsstatut der Berufsschule besagt folgendes: § 2 Erfüllung der Schulpflicht. Es heißt im Absatz b, „Lehrlinge unter 18 Jahren, soweit sie nicht unter a fallen (dies ist die Reise für Obersekunda) werden vor Beendigung der Lehrzeit nicht aus der Schule entlassen. Nach Beendigung der Lehrzeit gilt die Schulpflicht als erfüllt, wenn die Lehrlinge 3 volle Jahre die Berufsschule mit Erfolg besucht haben, oder nachweisen, daß sie das Zeugnis über die bestandene Gesellenprüfung besitzen.“ Verläßt nun der neue Geselle nach bestandener Gesellenprüfung im Laufe des Jahres die Schule, so steht ihm unseres Erachtens nach auch die Ausübung des Zeugnisses zu.
Kr. Wenn dies nicht ausdrücklich vereinbart wurde, braucht der Verkäufer die Ware nicht umzutauschen. Allerdings der Verkäufer für Befreiung einer mangelfreien Ware gemäß Par. 480 BGB. Gewähr leisten.
S. G. Brühl. Diese Flecken entfernen Sie mit einer Mischung von 100 Teilen Seifenpulver, 25 Teilen 10prozentiger Ammoniaklösung und 15 Teilen Essigäther.
Verantwortlich: Peter B e c h e r, Brühl.
Rotationsdruck und Verlag „Brühler Zeitung“
Buchdruckerei P. Becker GmbH Brühl.

Kaffee Sag ist seit 1930
31 % billiger. Außerdem in
jedem Paket ein Gutschein.

„Die neue Einheitsbewertung des Vermögens.“
Gerade zur rechten Zeit erscheint das oben benannte Merkbüchlein von Bankdirektor a. D. Rudolf Rörigen, Steueradviser in Bonn, das jedem Steuerpflichtigen eine genaue Anweisung gibt, auf welche Art und Weise man die Einheitswerte prüfen kann und wie man infolgedessen alle statthaften Steuerermäßigungen erlangt, die unter Berücksichtigung der neuesten Gesetzgebung möglich sind. Das Büchlein ist zu beziehen durch den Verlag Rudolf Rörigen, Bonn, Emeleistraße 1 zum Preise von 2 RM. Mit Rücksicht auf die Bedeutung der neuen Einheitsbewertung kann das Büchlein empfohlen werden, zumal schon eine einzige Auskunft den Gebetungspreis mehrfach bezahlt macht. Es wird noch darauf hingewiesen, daß in Zukunft alle Steuern von der neuen Einheitsbewertung abhängig sind.

Brähler Sport-Verein e. V. Infolge des am kommenden Sonntag stattfindenden Fußballspiels einer Auswahlmannschaft gegen Everten in Köln, wurde das Meisterschaftsspiel gegen Nippes 10 bereits auf Samstag vorverlegt. Das Spiel beginnt 6.30 Uhr im Stadion. Aufstellung: Schmitz, Ritter, Bisinger, Becker, Keller, Schneider, Köfing, Kluth, Rohm, Ager, Thönniges. Die 2. und 3. Mannschaft spielen Sonntagmorgen im Stadion ebenfalls gegen Nippes. Aufst. 2. M.: Breidenbach, Trimborn, Benjeler, Schmalenbach, Bündorf, Münch, König L., Schumacher, Berk, Thulke, König F. Anstoß 10.30 Uhr. 3. M.: Duttsche, Böbling, Granath, Rothleittner, Bensberg, Gerkenrath, Balzer, Fußhaber, Matheis, Nauck. Anstoß 9 Uhr.

Es kosteten: Kartoffel 2.80—3, Rote Möhren 1. 6.80, Rote Beete 1.80—2, Rhabarber 2.70 bis 3, Mai-Wirsing 4.80—5.70, Spinat 3.10—3.70, Schnittkohl 2.70—3.40, Pfälzer-Spargel-Auslese 45—46, Pfälzer Spargel 1. 38—40, 2. 30—32, 3. 18—19, Stielmispel 1.70—2, Radies 3.50—4, Petersilie 1.70—2.10, Winter-Salat 1. 1.90 bis 2.90, 2. 1.20—1.60, Sommer-Salat 1. 3.10 bis 4.30, 2. 1.50—2, Kohlrabi 4.20—4.80, Butter 1.20, Eier 6.80—7.40. Die Preise verstehen sich je 100 Pfund, Gebund oder Stüd. Verfeigerungen täglich ab 1 Uhr.

Am Dienstag, den 31. Mai, abends um 7 Uhr, ist endgültig Schluß des Total-Ausverkaufs. Die noch in größeren Mengen vorhandenen Waren in Manufakturwaren (Stoffe und fertige Artikel), sowie Herren-Konfektion, Schuhwaren, werden von heute ab zu jedem annehmbaren Preis zum Verkauf gebracht. Die Schlusspreise übertrumpfen alles bisher Dagewesene. Uebersengen Sie sich und besichtigen Sie die Auslagen. (Näheres siehe Anzeige in der vorliegenden Nummer der Brähler Zeitung.)



Императорский Великий Герцог

Neue Erleichterung bei der Grund- und Hauszinssteuer

Die bisherigen Erleichterungen erheblich erweitert

In einem Rundschreiben vom 7. Mai 1932 an die Regierungspräsidenten hat der Finanzminister, der Notlage des Grundbesitzes Rechnung tragend, neue Anordnungen über die Bewilligung von Steuererleichterungen bei der Grundvermögens- und der Hauszinssteuer mit Wirkung vom 1. April 1932 getroffen, die von Oberregierungsrat Renzi in der Preuß. Gde. Ztg. näher behandelt werden.

Grundförmlich kann eine Steuererleichterung nur dann begehrt und bewilligt werden, wenn in der Einziehung der veranlagten Steuern eine Härte zu erblicken wäre. In diesem Grundförmlich ist auch in dem Rundschreiben streng festgehalten worden. In den Fällen, in denen zum Beispiel das Leerstehen von Räumen auf Maßnahmen zurückzuführen ist, die der Eigentümer nicht unbedingt aus der Not der Wirtschaftslage heraus hat treffen müssen, kann von einer Härte nicht die Rede sein. Für die Bewilligung der Steuererleichterung muß also unverschuldetes Leerstehen vorliegen. Entsprechendes gilt auch für Billigervermietung.

Bei unverschuldetem Leerstehen von Mieträumen (in Mietwohnhäusern sowie Industrie- und Geschäftshäusern) soll künftig neben der Niederschlagung der vollen auf die leerstehenden Räume entfallenden Hauszinssteuer und des vollen staatlichen Zuschlags zur Grundvermögenssteuer der Erlass der anteiligen staatlichen Grundvermögenssteuer, und zwar zur Hälfte der anteiligen Steuer bewilligt werden, wenn die leerstehenden Räume mehr als 20 v. H. des Friedensmietwerts des ganzen Steuerobjektes ausmachen. Die gleichen Steuererleichterungen sollen auch bei unverschuldetem Leerstehen von eigengenutzten Wohngrundstücken, zum Beispiel von Villen, gewährt werden, was von besonderer Bedeutung ist, da für diese Fälle weder bei der Hauszinssteuer noch beim staatlichen Zuschlag zur Grundvermögenssteuer bisher eine gezielte Steuererleichterung vorgesehen war.

Ferner soll bei Billigervermietung, das heißt bei Vermietung unter der gelegentlichen Miete (einschließlich der durch den staatlichen Zuschlag zur Grundvermögenssteuer und die über 100 v. H. hinausgehenden kommunalen Zuschläge bedingten Umlage), die bisher nur für die Hauszinssteuer vorgesehene Steuererleichterung entsprechend auch auf den staatlichen Zuschlag zur Grundvermögenssteuer ausgedehnt werden. Die eigentliche staatliche Grundvermögenssteuer soll jedoch in diesen Fällen unberührt bleiben. Wie Billigervermietung

sollen auch Mietaussfälle behandelt werden; hierzu ist es jedoch erforderlich, daß der Eigentümer glaubhaft macht, daß die Einziehung der Miete nach Lage der Verhältnisse nicht möglich oder mit Schwierigkeiten verbunden ist, die ihm nach den vorliegenden Umständen nicht zugemutet werden können.

Bei gewerblichen Grundstücken, insbesondere bei Industriegrundstücken, soll dem durch Betriebsstilllegung bedingten Leerstehen durch Niederschlagung der anteiligen Hauszinssteuer und des staatlichen Zuschlags zur Grundvermögenssteuer Rechnung getragen werden; und falls der leerstehende Grundstücksanteil nach dem Maßstabe des Friedensmietwerts mehr als 20 v. H. beträgt, soll auch die Hälfte der auf ihn entfallenden eigentlichen staatlichen Grundvermögenssteuer erlassen werden.

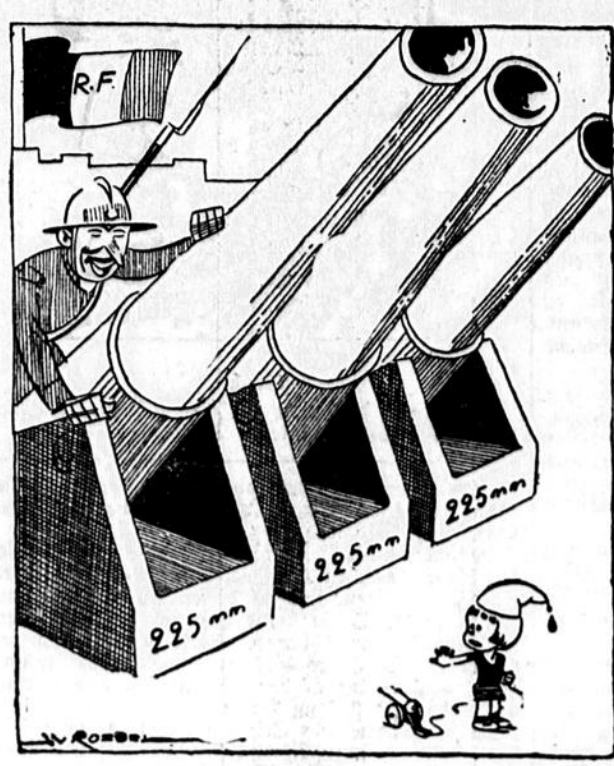
Die neuen Anordnungen, die sich nur auf die Staatssteuern beziehen, stellen eine erhebliche Erweiterung der bisherigen Steuererleichterungsbestimmungen dar, und zwar insofern, als

1. bei der Hauszinssteuer und dem staatlichen Zuschlag zur Grundvermögenssteuer, die bei unverschuldetem Leerstehen von Mieträumen bereits bisher vorgesehene Erleichterungen auch auf unverschuldetes Leerstehen von eigengenutzten Wohn- und gewerblichen Räumen ausgedehnt worden sind;
2. die wegen Billigervermietung und Mietaussfällen sowie wegen Betriebsstilllegung oder Betriebsrückganges bisher nur für die Hauszinssteuer vorgesehene Steuererleichterung auch entsprechend beim staatlichen Zuschlag zur Grundvermögenssteuer gewährt werden soll;
3. das unverschuldetes Leerstehen von Räumen künftig auch bei der eigentlichen staatlichen Grundvermögenssteuer durch Steuererleichterung, und zwar in der Form des Erlasses gemäß § 14 Absatz 1 des Grundvermögenssteuergesetzes berücksichtigt werden soll.

Diese Steuererleichterungen beziehen sich nur auf die Staatssteuern. Sie treffen aber die Gemeindezuschläge insofern, als für die eigentliche staatliche Grundvermögenssteuer der Erlass vorgesehene ist. Dies ist allerdings nur bei unverschuldetem Leerstehen von Wohn- und gewerblichen Grundstücken oder Grundstücksanteilen der Fall, jedoch hier auch die Gemeindezuschläge zur Hälfte erlassen sind. R.P.V.

Bei den Beratungen um die Entwaffnungsbestimmungen des Versailler Vertrages, die gegenwärtig auf der Abrüstungskonferenz in Geni zur ber größer als 225 Millimeter ist.

Debatte stehen, stellte sich Frankreich auf dem Standpunkt, daß Geschütze nur dann als Angriffs- waffe angesehen werden dürften, wenn ihr Kaliber größer als 225 Millimeter ist.



„Aber Michel — wer redet denn hier von Angriffswaffen? Die hier sind doch nur für meine Verteidigung!“



Nicht die Abrüstungs-Konferenz, sondern die Kriegsdienstverweigerung

Bei einem Empfang der internationalen Presse in Geni führte der englische Lord Ponsonby über die Grundzüge der „Liga zum Widerstand gegen den Krieg“ aus, daß keine Abrüstungskonferenz

zen, sondern nur Verweigerung der Munition- und Waffenherstellung sowie unbedingte Verweigerung des Militärdienstes einen Krieg verhindern könnten.

Bergeht nicht die Deutschen in Litauen!

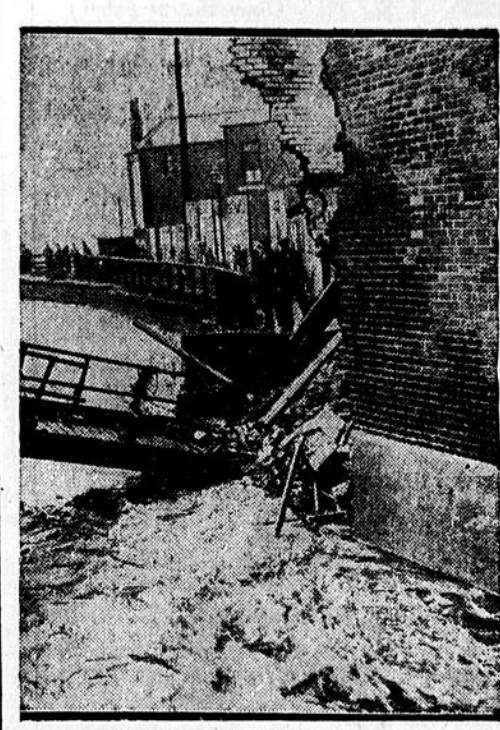
DAZ. Wenn in den letzten Wochen und Monaten das ganze deutsche Volk voll Spannung auf das Nemegebiet und das politische Verhältnis Deutschlands zu Litauen blickte, so darf man darüber gerade das kleine Deutschland in dem eigentlichen (früher russischen) Litauen nicht vergessen. Hier kämpfen 40 000 meist bauerliche Deutsche um ihr Lebensrecht in Schule und Kirche, Kultur und Wirtschaft. Auch sie haben in dieser Zeit einer antideutschen Welle in Litauen besonders zu leiden, nachdem beispielsweise ihr deutsches Schulwesen bis auf einen unzulänglichen Restbestand bereits vernichtet wurde. Es ist darum gerade jetzt doppelt nötig, uns auch mit diesem so unbekannten und oft vernachlässigten Glied unseres deutschen Volkstums zu beschäftigen. Dem dient auch eine Bilderreihe über „Das Deutschtum in Litauen“, die die Bildabteilung des Deutschen Ausland-Instituts jetzt neu herausgebracht hat. Dort wird in 75 Lichtbildern mit begleitendem Text das Leben des Deutschums in Litauen in seiner östlichen Umwelt weiteren Kreisen gezeigt.

den kann, wenn der Rückgang des Einkommens die Grenze von 20 Prozent nicht voll erreicht, auf der anderen Seite aber nachgewiesen wird, daß tatsächlich und positiv für das Jahr 1932 eine entsprechende Einkommensminderung vorliegt. Das, was im Vorstehenden für die Einkommensteuer gesagt ist, gilt im übrigen auch für die Körperschaftsteuer.

Wir entnehmen diesen Artikel mit freundlicher Genehmigung des Verlags der Halbmonatszeitschrift „Notwinke“, unabhängige Briefe über alles aktuelle geschäftliche, wirtschaftliche, steuerliche und rechtliche Wissen und Vorkommen. Herausgegeben in Form von Kurzberichten von einem Gremium der geschäftspraktischen Autoren des Verlags für Wirtschaft und Verkehr, Stuttgart, Pfaffenstraße 20, zum „Not“ preis von 1,20 RM monatlich.

Dem Ehemann den Schädel eingeschlagen.

32 Duisburg: Eine blühende Familienkassette spielte sich in einem Hause in der Gärtnertstraße im Stadtteil Wanheimerort ab. Aus noch unbekannten Beweggründen brachte die Frau des Maschinenbauers Willemjen ihrem im Bett liegenden Mann mit einem Beil einen Schlag auf den Kopf bei, durch den der Schädel oberhalb der rechten Schläfe gespalten wurde. Der Schwerverletzte wurde dem Krankenhaus zugeführt.



Ganz Mittelengland von schweren Überschwemmungen heimgesucht

Weite Gebiete Mittelenglands sind von Ueberschwemmungen in einer Stärke und Ausdehnung heimgesucht worden, wie sie seit 30 Jahren nicht zu verzeichnen waren. Unser Bild zeigt das Zerbröckeln der Planken an einer Brücke und an einem Haus in der Ortschaft Beccles, Ortschaft Beccles.

Achtung! Elternbeitragswahlen

Von der Zentralstelle der kath. Schulorganisation, Düsseldorf, wird uns geschrieben:

In den nächsten Wochen finden wiederum an allen preussischen Volks-, mittleren und höheren Schulen die Neuwahlen der Elternbeiträge statt. Der genaue Wahltermin wird nach der amtlichen Wahlordnung von der Schulaufsichtsbehörde festgesetzt und bekannt gemacht. Hier und da haben die vorbereitenden amtlichen Schul-Elternversammlungen schon begonnen. Durchweg wird am 26. Juni gewählt.

Bei der starken weltanschaulichen Aufwühlung der Gegenwart und der fortschreitenden politischen Aufspaltung und Zerreißung unseres Volkes sind gerade für uns Katholiken diese Neuwahlen von höchster Bedeutung. Im Elternbeitrag verkörpert sich der Schul- und Erziehungs-wille des Elternhauses. Hier geht es um die Vertrauensfrage, um die Teilnahme, und den Fördererwillen des Elternhauses, um das lebendige Miteinander und Zueinander von Elternschaft und Lehrerschaft, um ein harmonisches Schaffen im Dienste des gemeinsamen Erziehungs-werkes. Da aber solche Harmonie, die den sorgenden Eifer um das Wohl der Schule und die Reinerhaltung ihres Geistes lebendig werden läßt, nur dort möglich ist, wo der gleiche Glaube und dieselben Ideale Eltern wie Lehrer innerlich erfüllen und verbinden, ist die Frage des Elternbeitrages auch ganz wesentlich eine Weltanschauungsfrage.

Unsere Gegner wissen, wieviel von der Arbeit und dem Wirken des Elternbeitrages abhängen kann. Darum bemüht man sich hier seit Jahren, diese bedeutsame Position zu erobern und auf dem Wege über den Elternbeitrag die Bekennerschule zu infizieren. Die Gegenwart mit ihren Tendenzen zur weltanschaulichen und politischen Radikalisierung der Elternschaft und Jugendbeziehung beweist, daß diese Gefahr heute größer und ernster denn je ist.

Wenn wir Katholiken für unsere Kinder eine Schule wollen, die aus der Fülle und Kraft des Glaubens lebt und wirkt, eine Schule der inneren Einheit mit Familie und Kirche,

wird es verantwortungsvolle Pflicht und Aufgabe aller um die kath. Schule und Erziehung besorgten Kreise des kath. Volkes sein, die Neuwahlen der Elternbeiträge an unseren Schulen mit besonderem Eifer und verstärkter Eingabe, mit allem Verständnis

für ihre wachsende Bedeutung vorbereiten, und durchführen zu helfen.

Entscheidend ist ein vertrauensvolles Zusammenwirken von Elternschaft, Lehrerschaft und Geistlichkeit. In wirklichem Gemeinschaftshandeln gilt es, die Eltern aufzuklären, zu interessieren und für die Aufstellung geeigneter Väter und Mütter zu sorgen, allen Einfluß auf die Besetzung des Wahlvorstandes zu nehmen und nichts zu veräumen, was sonst dazu beitragen könnte, den unbedingt notwendigen Wahlerfolg sicherzustellen.

Die Frage der Kandidatenaufstellung ist die wichtigste. Nur solche Persönlichkeiten dürfen auf unseren Vorschlagslisten genannt werden, die treu auf dem Boden des kath. Schul- und Erziehungsprogramms stehen, die verantwortungsbewußt und opferbereit am Wohle der Schule Anteil nehmen und bereit sind, vertrauensvoll mit Schule und Kirche zusammenzuarbeiten.

Es ist selbstverständlich, daß für Vertreter einer religionslosen weltlichen Erziehung in katholischen Elternbeiträgen kein Raum ist! Wenn, wie bereits von verschiedenen Orten berichtet wird, neuerdings auch nationalsozialistische Parteifreie versuchen, den Elternbeitrag zum Tummelplatz radikaler Bestrebungen zu machen, so muß mit aller Deutlichkeit erklärt werden, daß Elternbeitragswahlen keine Parteiwahlen sind und daß für firmierte Parteikandidaten im Elternbeitrag einer katholischen Schule kein Platz ist, sicherlich nicht für Vertreter einer Partei, die kulturpolitisch ein höchst verschwommenes Programm vertritt und in der Schulfrage in der Aufrechterhaltung eines unumschränkten Staatschulmonopols unter Bevorzugung der Simultan-Einheitschule ihr Ziel erblickt.

Die kath. Schulorganisation Deutschlands (Zentralstelle Düsseldorf, Reichstraße 20) steht ihre besondere Aufgabe darin, überall bei der Vorbereitung und Durchführung der Neuwahlen durch Bereitstellung von Hilfsmaterial und Erteilung von Rat und Auskunft zu helfen.

In einer katholischen Pfarr- und Schulgemeinde darf durch sträfliche Gleichgültigkeit die Erreichung unseres Kampfszieles: „An katholischen Schulen nur treukatholische Elternbeiträge!“ gefährdet werden.

Sind Sie viel unterwegs?

... Dann nur mit gesunden Füßen! ...
Dann gegen wundelaufene Füße
steils Penalen-Cremel in Apotheken
und Drogerien 0,30, 0,54 und 1,08

den meisten

galtigkeit der Be-

findet wohl in fei-

ten; rund 185 ver-

me, die 147 Syra-

sonst. So kan-

offizielle offizielle

ählung vom Jahre

nen und die Polen

mit größerem zah-

sich bei den mei-

nen handeln dürfte.

nen russischen Reich

Prozent, die Ukrai-

folgen in Abhäng-

eine Million jäh-

Juden, die Geor-

an, die Armenier,

und die Tschuwa-

Volksstämme er-

ent von der gesam-

ei der Welt deun-

hn, als sei der Vol-

Freiheit der Völk-

bejeht, wird Ruß-

steite stets als ein

Grundlage erklärt

3 Staaten in Ruß-

verwaltung“ ver-

entlichkeit zu die-

Von einer wahren

schter Geistes- und

Rede sein. Das

elmehr ein wahres

ist blühenden Sie-

schäftlich und kul-

meisten Vertreter

en Geistlichkeit sind

ihnen find insof-

vorben. Der katho-

Dode verurteilt und

evangelische Predi-

ersterfeminar sowie

ungsanstalten sind

sen Tagen wurden

de verbannt; von

entischen so beliebt

verbannt an Uni-

haftig eine herrliche

die Welt beglücken

nach Südamerika.

für die Katholiken

christlicher Seite aus

Bahl der Stellenju-

rer Landsleute, die

Uebersiedlung nach

ng erhoffen, nimmt

möchten wir ihnen

Unglück zu verhü-

bleibt bis auf zwei

Auch Südamerika

Freude und Humor

Der besonders geeignete Referendar

Humoreske von G. v. d. Gabelenk

Referendar Wildner war für einige Wochen zum Zuchtbaus Wiesenheim verlegt worden, als besonders geeignet, einmal wegen persönlichen untadeligen Lebenswandels, dann aber auch zur Belehrung und Fortbildung. Er war zu diesem Kommando weiter als der rechte Mann ausersehen, weil nach Ansicht seiner Vorgesetzten in seinen Bemerkungen sich leider ab und zu Ritzfälle in die Anschauungen einer glücklicherweise erlebten Epoche zeigten. So war ihm einmal die Neuerung entfallen, es könne nichts schaden, wenn Einbrecher, Mörder und dergleichen Unholde gelegentlich gehörige Dreische bekämen.

Die vorgelegte richterliche Behörde hatte ihm solche Entlassungen zwar in Ansehung jugendlicher Unerfahrenheit verziehen, das Wort aber für einen modernen Menschen im allgemeinen, und für einen künftigen Anwalt der Bedrängten oder gar Richter im besonderen als völlig ungehörig bezeichnet.

Kurz, es gab mehrere Gründe, warum man gerade Referendar Wildner die Gelegenheit geben wollte, im Verkehr mit den Bewohnern von Zuchtbaus Wiesenheim seine soziale Anschauung zu überprüfen und entsprechend zu läutern.

Wildner war ein strebsamer Mensch, bemüht, in seinen Mußestunden in allerlei Künsten sich fortzubilden. Er bevorzugte allerlei Laubbärgarbeiten, mit denen er, waren sie Kältschen, Uhrgehäusen und dergleichen geraten, außerordentliche Freunde und Vergnügen besaßen. Auch das Zeichnen machte ihm Freude, zumal seit ihm seine leibliche Mutter verstorbene Tante großes Talent ausgesprochen. Er hatte schon mehrere Stichenbücher mit Naturansichten gezeichnet.

Diese friedliche Kürzung seiner Mußestunden gedachte er nach Möglichkeit auch im Zuchtbaus Wiesenheim zu betreiben, und dachte darum alles hierzu nötige ein. Als er den Koffer schon geschlossen, entdeckte er, daß er sein Bündelchen Laubblätter auf dem Tisch unter einer Zeitung vergessen, und warf diese zum Stichenbuch in den Koffer. Dann hing er denselben um und machte sich auf die Bahn.

Da Referendar Wildner ein begeisterter Fußwanderer und kein Ziel, das Zuchtbaus Wiesenheim, in einem grünen Tale gelegen war, so verließ der junge Mann den Zug unterwegs, um die letzten Stunden zu Fuß zu gehen. Auch wollte er dabei die malerische Ruine Eichenburg in seinem Bunde verwahren. Zwar hätte er seinen Zweck, eine Erinnerung mit sich zu nehmen, besser und kürzer erreicht durch den Ankauf von Ansichtskarten; aber — er war keiner ganzen seelischen Einstellung nach ein Kind der vergangenen, romantischen Zeit. Auch hatte ihm ja jene gewisse Tante Anna die Entwicklung zu einem Ludwig Richter oder Spitzweg angewiesen; und er hielt gern an diesem Vermächtnis fest.

Nachdem Wildner die Burgruine erreicht, setzte er sich an den Rand der Landstraße, von wo die Mauern und Türme ein malerisches Bild boten, kramte den Koffer aus, ergriß das Stichenbuch und begann in Eile zu zeichnen.

Er sah nicht lange, da legte mit einem großen, vollbelegten Kraftwagen daher, bremste wenige Schritte weiter und entließ eine Schaar Männer jeden Alters in dunklen, einfachen Anzügen. Wildner dachte: ein Gesangsverein oder dergleichen.

Auch sie schienen gekommen, die Ruine zu besichtigen, und lagerten sich anstandslos unter der Führung eines freundlichen Leiters neben Wildner. Einer von ihnen riefste dicht an die Seite des Referendars, betrachtete teilnehmend die Zeichnung und äußerte zu dessen Freude seine Bewunderung über solche Kunst. Wildner hob er das Bändchen Laubblätter auf.



Freud

„Ist Ihnen das nicht reichlich un bequem? Warum haben Sie denn keine Taschenuhr?“

„Wenn mein Kleiner die läßt, der wünscht sich schon lange Laubblätter. Aber man hat ja leider heute kein Geld.“

Wildner, weich gestimmt durch die Kunstfreudigkeit jenes einfachen Mannes, schenkte dem Wägen einige Laubblätter, worauf dieser sich bedankte, die Sägen in die Tasche steckte und sich zu seinen Bergeingefahren zurück begab. Bald danach rief der Leiter des Ausfluges die ganze Gesellschaft zusammen. Sie bestieg wieder den Wagen und brauste mit Lärm und Gesang davon.

Wildner hatte die Stige beendet, klappte sein Buch zusammen, nahm den Koffer auf und ging nach dem Gasthaus, Kaffee zu trinken.

„Was war das für ein Verein?“ fragte er die Kellnerin.

„Verein? Die waren doch aus dem Zuchtbaus Wiesenheim.“

Dem Referendar verfiel es fast den Atem.

„Was? Wie? Aus dem Zuchtbaus?“

„Ja ja, die machen jetzt manchmal solche Ausflüge.“ Und leuchtend setzte sie hinzu: „Die haben auch mehr Zeit als unter uns. Und billiger haben sie's auch.“

Wildner wurde plötzlich nachdenklich. Daß er einen der Burichen besah! Seine Gutmütigkeit hatte ihm da einen unangenehmen Streich gespielt. Zwei Stunden später traf er zu Fuß im Zuchtbaus ein und ließ sich beim Direktor melden. Sein Buch mit den Sägen konnte er unmöglich mitnehmen, aber er würde den Betreffenden schon finden und ihm die Dinger mit Güte oder Gewalt schleunigst wieder abnehmen.

Der Direktor bot ihm einen Platz an, und nach der ersten Begrüßung mahnte er: „Benutzen Sie also den Aufenthalt, rege Fühlung mit meinen Schutzbefohlenen zu nehmen. Herr Referendar, und beteiligen Sie sich fleißig an deren Spielen, an den Arbeiten in den Werkstätten, den Theateraufführungen, Vorlesungen und dergleichen. Uebrigens — tunen Sie?“

„Ein wenig“, meinte Wildner verwundert.

„Nun, ich habe soeben neues Turngerät angeschafft. Auch ein Pingpong ist da. Lassen Sie sich Pingpong beibringen. Wir haben ein paar geschickte Spieler. Denken Sie immer daran, sich mit der Psyche eines jeden bekannt zu machen, selbstverständlich in einer rücksichtsvollen Form. Und noch eins: Vor einigen Wochen ist uns einer ausgetreten. Bitte achten Sie, wenn Sie mit dem Vertrauen der Leute haben, auf etwaige verdächtige Anzeichen.“

Wildner versprach, sich an allem zu beteiligen, Pingpong zu lernen und auch die Psyche nicht zu vergessen. Tag und Nacht aber dachte er daran: Wie finde ich unter den Kerlen den Spitzbuben heraus, der mir die Laubblätter entlockte. Aber der Referendar hatte gar kein Gedächtnis für Gefährten und konnte jenen Gauner zunächst nicht wieder-

finden. Die Kerle saßen aus, einer wie der andere. Hätten sie doch wenigstens verschiedene Schiffe getragen!

Täglich besuchte er einen oder zwei der Häftlinge. Schon war er bei Nummer vierunddreißig angelangt. Er war die Lebenswürdigkeit selbst, munterte dabei aber unauffällig die Zellen. Doch die Laubblätter sah er nirgends liegen.

Eines Tages besuchte er Nummer fünfunddreißig. Der sah wegen Einbruchs und verführten Totschlages. Wildner nahm mit freundlichem Gruß in der Zelle Platz. Nicht lange hatte er nach Befinden und Familienverhältnissen von Nummer fünfunddreißig, einem gewissen Kullischer, gefragt, als er überzeugt war, in ihm endlich den Ausflügler wiederzuerkennen.

„Hören Sie mal, lieber Freund, wir kennen uns doch?“ sagte er und blickte über den Klemmer sein Gegenüber an, bemüht, dessen Vertrauen zu erlangen.

Der gab den Blick zurück und überlegte. „Ne, ich glaube nicht. Oder gar. Du siehst doch bald aus wie der Fassadenmarx aus Dresden?“

Er, der Fassadenmarx? Wildner wurde ernstlich böse.

„Wofür halten Sie mich? Was erlauben Sie sich! Sie sind überhaupt der Mann, dem ich auf der Ruine die Laubblätter geschenkt habe! Ich ver-lange jetzt sofort deren Rückgabe, oder Sie sollen mich kennenlernen!“

„Was?“ ärmte Kullischer. „Laubblätter wollen Sie mir geschenkt haben? Wozu? Sagen Sie das nicht nochmal! Und ich soll Sie kennenlernen? Ich mag Sie gar nicht näher kennenlernen, Sie — Sie offer Spigel!“

Nummer fünfunddreißig hatte immer lauter geschrien und war am Ende gar drohend aufgesprungen. Auch Wildner erhob sich: das Blut kochte ihm in den Kopf.

„Spigel?“ rief er. „Ich verbitte mir sowas! Sie unangenehmer Patron!“

Er sah, daß er nichts erreichte und eilte hinaus. Sollte er sich beim Direktor über den Kerl beschweren? Dann müßte er sich zu der Dummheit mit den Sägen bekennen. Er, ein künftiger Untersuchungsrichter, Unmöglich!

Gegen Abend ließ ihn der Direktor rufen. Wildner konnte sich den Grund nicht denken. Aber sein durch die Laubblättersgeschichte beschworertes Ders Klopffe.

„Lieber Herr Referendar, zu meinem Bedauern muß ich Sie ernstlich ermahnen, im Verkehr mit den Gefangenen den rechten Ton zu wahren. Verstehen Sie mich, den in jedem Falle angemessenen Ton. Taktvoll fragen, hatte ich Ihnen gesagt. Sie aber haben einen Mann, der sich bisher aufgeführt hatte, den Kullischer auf fünfunddreißig, ohne jeden Grund einen Patron genannt. Er hat sich sofort über Sie beschwert; ich muß das Ehrgefühl des Mannes durchaus anerkennen, und Sie werden in den nächsten Tagen einmal Gelegenheit nehmen, in passender Form Ihre Entlassung wieder auszumachen — nicht wahr? So ohne Veranlassung Patron schimpfen — nein, nein, das tut man nicht.“

„Aber der Kerl ist doch ein Einbrecher und hat sogar...“

„Bitte“, unterbrach der Direktor und hob bedeutungsvoll die Hand. „Bitte, es widerspricht durchaus neuzeitlichen Anschauungen, Herr Referendar, einem Manne eine Tat — eine Tat, die er bereit — immer wieder vorzumachen. Ich wiederhole: Kullischer wird von neuem bestimmt seinen Anlauf zu irgendwelchem Tadel geben. Uebrigens sollten Sie den Mann mal Theater spielen lassen! Eine Geschicklichkeit hat der. Richtiges Naturtalent! Und Bildungsstreb! Ich habe ihm auf seine Bitte hin Schillers „Räuber“ gegeben. Also, bitte, gehen Sie bald zu ihm, Herr Referendar, und lassen Sie sich nicht wieder zu Beleidigungen meiner Schutzbefohlenen hinreißen.“

Wildner war entlassen. Es war nett von Herrn Kullischer gewesen, wenn auch erklärlich, daß er nicht erwähnt hatte, warum man aneinander geraten war. Vielleicht ließ sich die dumme Geschichte doch irgendwie ins Reine bringen. Der Direktor durfte um Gottes willen auch weiterhin von den Sägen nicht erfahren.

Als der Referendar am nächsten Morgen Nummer fünfunddreißig besuchen wollte, fand er die Zelle wider Erwarten leer. Er rief den Wärter und der stellte fest: Herr Kullischer hatte sein Gut durchschlag und sich auf die Wanderschaft begeben. Den Band Schiller hatte er dazulassen, auch die kleinen Sägen, die noch zwischen den Blättern verborgen waren.

„Nicht zu glauben!“ sagte der Direktor, als er die Nacht des Einbrechers erfuhr und die leere Zelle besah, um behördlich das Geschehene zu Kenntnis zu nehmen. „Nicht zu glauben! Es muß ein Komplize von außen der Sägen herbeigekommen und damit den Mann zur Flucht verleitet haben. Ein raffinierter Komplize, den ich schon erwischen werde.“

Wildner hat einige Tage später um seine Abschied, da er die Luft in Wiesenheim nicht vertragen.

Kullischer aber hatte Humor genug, ihm an einer Abschiedstafel für sein Geschenk zu danken.

Ihr Schwarm

Man unterteilt sich nach Tisch über Literatur Frau Margot hatte seit einer Stunde den Mund nicht aufgetan. Um so mehr Bewunderung erregte ihr in eine Gesprächspause hineinplätscherndes Auspruch: „Willen Sie, ich schwärme nur für Byron.“

„Und für welches seiner Werke im besonderen, gnädige Frau?“ erkundigte sich, überrollt von der tiefgründigen Bildung, einer der Herren.

„Ach, seine Werke!“ entgegnete Frau Margot, die denn doch gar nicht. „Aber finden Sie es nicht fabelhaft, daß er damals schon, um sich seine Frau zu erhalten, Elia trant?“

Er ließ sich 4 Jahre Zeit

Am 3. Februar 1932 konnte man an den Benliner Pflanzhäusern das folgende Plakat lesen:

Junge Dame gesucht!

Ich möchte mit der jungen Dame, welche am 3. Juli 1928 den Zug auf der Strecke Groß-Beuthen-Berlin (6.39 Uhr ab Groß-Beuthen) benutzte, gern in Verbindung treten. Diefelbe wird gebeten, sich bis Donnerstag, den 4. Februar, im Hotel X zu melden.

Hoffentlich hat die junge Dame ein Tagebuch geführt, damit sie sich auch noch bestimmt an das kritische Datum erinnert.

Eine neue Fürstener-Anrede

Bei einer großen Bankierverammlung in Berlin hielt Fürstener eine lange Ansprache, der zu seiner Befriedigung folgte. Fürstener sagte sich und sagte: „Dieser Beifall! Da muß ich ja einen köstlichen Koll zusammenzubereiten haben...“

Sein Trid

In Berlin wurde ein Hochkapler zu 2% Jahren Gefängnis verurteilt. Sein Trid bestand darin, daß er sich nach sorgfältig angestellten Erkundigungen Frauen von Beamten und Angestellten heranzog und sich ihnen im Laufe des Gesprächs als Vorgesetzter ihres Mannes entstellte. Fast niemals wagte er eine Frau, unhöflich oder ungeschicklich gegen einen so mächtigen Mann zu sein. Der Schwindler nützte die Situation dadurch aus, daß er mit dem Schmutz oder dem Handtäschchen seines Opfer verschwand.

Saws Lippold

Wiße

Der junge Mann kam in die Redaktion. „Ich habe Ihnen zwei Wiße geschickt.“ „Ich weiß“, nickte der Redakteur. „Haben Sie sie schon gelesen?“ Der Redakteur antwortete: „Ja! Vor wenigen Jahren in den Fliegenden Blättern.“



Im Suf

„Frühe Wiener! Heiße Wiener!“ „Sehr angenehm — hup! — heiße Wiener!“

Aus der Schule geplaudert

(Nachdruck verboten.)

Das Rheinfließ

„Kinder“, fragte der Lehrer, „wer von euch kann mir ein Lied vom Rhein nennen?“

Nachdem die verschiedenen Rheinflüsse genannt wurden, meldete sich auch Karlchen.

„Nun, Karlchen, weißt du noch eins?“

Da beginnt Karlchen stolz zu declamieren: „Immer rein, immer rein in die gute Stube!“

Der kleine Schwerenöter

Der Kinderchor zu Bethlehem wird besprochen. Der Lehrer will wissen: „Warum hat wohl Herodes nur die kleinen Knaben töten lassen und nicht auch die kleinen Mädchen?“

„Alles schweigt. Endlich meldet sich Fränzchen: „Weil die so niedlich sind!“ erklärt er mit dem Bruchton der Ueberzeugung.“



Traumdeutung

„Ich habe diese Nacht geträumt, ich würde noch einmal geimpft. Was kann das nur bedeuten?“ „Daß du dir unbedingt Impfpulver kaufen mußt.“



Der moderne Hut

„Warum rennen Sie denn so mit der Hut-schachtel?“ „Wohl! Das ist der neue Hut meiner Frau, und ich fürchte, die Mode könnte sich inzwischen ändern.“

Ein Naturwunder

In der Naturgeschichte werden die Bäume durchgenommen. Es sollen verschiedene Bäume genannt werden, die männliches Geschlecht haben, wie etwa der Ahorn, der Tannenbaum.

„Wer weiß noch so einen Baum?“

Da meldet sich der kleine Kurt: „Der Puzelbaum, Herr Lehrer!“

„Jetzt fängt er schon wieder an...“

Jeden Tag kam Paulchen weinend nach Hause und erklärte, der Lehrer schikanisiere ihn. Das wird dem Vater endlich zu bunt, und er geht mit Paulchen zum Lehrer.

„Warum schikanieren Sie fortwährend meinen Sohn?“ will der Vater wissen.

„Das ist doch gar nicht der Fall!“ verteidigt sich der Lehrer. „Nur ist Ihr Kleiner so schwach im Rechnen und da will ich ihn wenigstens so weit bringen, daß er den anderen folgen kann. Nun

lag' mal schön, Paulchen: Wieviel ist drei und drei?“

Paulchen, heulend: „Da siehst du, Vater, jetzt fängt er schon wieder an!“



Herr Professor Bumsdorf

Der reichlich verzehrte Professor Bumsdorf wacht plötzlich in der Nacht auf. In großer Verlegenheit steht er ein Streichholz an. Und warum? Er will nachsehen, ob er vor dem Einschlafen die Kerze ausgebläsen hat.

Der Andere

(Nachdruck verboten.)

Es wird toll gesezt am Tische. Wiederskimmung! Eine Lage hier ist die andere ab. Endlich scheint man allgemein genug zu haben, aumal der eine aus dem trunkefrohnen Kreise ist dem Geiste des Wertesafes reiflos erliegen. Seine beiden Freunde nehmen ihn deshalb unter den Arm, bringen ihn nach Hause und legen ihn ins Bett, können sich aber nicht verneffen, dem seltsamen Schlummernden noch aus ihm das Gesicht mit Kohle schwarz anzumalen.

„Sie wollen mir also weiß machen“, sagte der Richter zu dem Zeugen, „daß der Angeklagte eine Frau in einem Ballsaal gewürgt hat, während an die hundert Menschen zugegen waren.“ — „Aber wenig“, erwiderte der Zeuge eifrig, „wir dachten doch alle, sie hätten Rumba.“

„Sch kann bis jetzt noch, keine definitive Antwort abgeben!“
 „Sir Emil atmete tief auf. Er erkannte deutlich, daß der

Kreuzworträtsel=Auflösung.

W	A	L	L	E	N	S	T	E	I	N
E	●	●	E	●	●	●	●	●	●	●
I	●	M	A	R	B	U	R	G	●	E
H	A	A	R	●	E	●	F	O	R	D
N	●	R	●	●	●	●	●	R	●	E
A	G	A	V	E	●	T	R	I	E	R
C	●	●	B	●	●	●	●	L	●	L
H	A	U	T	●	E	●	E	L	B	A
T	●	T	O	K	K	A	T	A	●	N
E	●	●	P	●	●	●	●	●	●	D
N	O	N	P	A	R	E	I	L	L	E

